Nr. 98 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Dienstag, den 28. April 1925

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Hans 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung, 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 10 Pfg. im Anzeigen- und 50 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Hans 42/44, Fernruf 4006. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20313 Erfurt

Foch freut sich.

Neue schwere Entwaffnungsforderungen bevorstehend.

Genugtuung im Hause Poincare.

Die „Notwendigkeit, Deutschland bis zum letzten Gamaschenknopf und bis zum letzten Vorderlader abzurüsten".

Paris, 28. April. (Radiomeldung.)

Die französische nationalistische Presse wird immer aufrichtiger und verbirgt nicht mehr ihre Freude über das Ergebnis der deutschen Präsidentschaftswahl. „Wir freuen uns über die Wahl Hindenburgs", schreibt der reaktionäre „Eclair", „denn sie bedeutet eine Klärung der internationalen Lage."

Der „Gaulois" nennt die Wahl einen politischen Fehler und glaubt, daß sie eine Reaktion bei den Alliierten Frankreichs hervorrufen werde. Briand sei in der Lage, meint das Blatt, die beste Partie in der Welt mit der Farbe Hindenburgs zu spielen. „Petit Parisien" bedauert, daß Deutschland zu den früheren Fehlern zurückgekehrt sei, die es in eine Abenteurerpolitik verwickeln können. Man müsse sich jedoch über das Wahlergebnis freuen, denn dadurch werde die Zweideutigkeit beseitigt, die für den europäischen Frieden hätte verhängnisvoll werden können. Die Wahl vom Sonntag habe in England und in Amerika die größte Enttäuschung hervorgerufen, werde aber die Augen über den wahren Stand der Dinge öffnen. Die Linkspresse verbirgt nicht, daß die Wahl Hindenburgs einen Rückschlag auf die europäische wirtschaftliche Lage haben werde.

Der „Quotidien" glaubt, daß die Wahl Hindenburgs eine Warnung sei, die Frankreich und seine Alliierten durch ein enges Bündnis beantworten müßte.

Berlin, 28. April. (Radiomeldung.)

Wie der „Vossischen Zeitung" aus London gemeldet wird, soll der französische Ministerpräsident Painlevé im Hinblick auf den Ausgang der Wahl in Deutschland eine außerordentlich wichtige Unterredung mit dem englischen Botschafter in Paris gehabt haben, in der der französische Ministerpräsident die Auffassung der französischen Regierung über die politischen Folgen der deutschen Präsidentenwahl entwickelt haben soll. Die Eröffnungen Painlevés hätten darauf hingezielt, den englischen Diplomaten darauf vorzubereiten, daß Frankreich in der Botschafterkonferenz sich nach der Wahl Hindenburgs rückhaltslos die technischen Forderungen des Obersten Militärrates in Versailles bezüglich der Vervollständigung der Abrüstung Deutschlands als politische Forderung zu eigen machen müsse. (!)

In London sei außerdem bekannt geworden, daß nach dem Amtsantritt des Kabinetts Painlevé und der Auffüllung der Kandidatur Hindenburg die französischen Militärs einen neuen Vorstoß unternommen haben, um die führenden Politiker von der Notwendigkeit zu überzeugen, „Deutschland bis zum letzten Gamaschenknopf und bis zum letzten Vorderlader abzurüsten". Hindenburgs Wahl habe in Paris die Militärs erheblich gestärkt, wie das vom vornherein in London befürchtet wurde. (!!)

Paris, 28. April. (Eig. Drahtbericht.)

Der Ausfall der deutschen Präsidentschaftswahlen wird wohl eine tiefe Wirkung auf die fernere Gestaltung der europäischen Politik ausüben. In den politischen Kreisen von Paris erwartet man, unabhängig von der politischen Einstellung des einzelnen, eine Besserung und Festigung der französisch-englischen und der französisch-amerikanischen Beziehungen. Allerdings glaubt man auch, daß eine Rückwirkung auf die am 3. Mai stattfindenden Gemeindewahlen nicht ausbleiben wird und die Stellung der Regierung im Falle eines Ruds nach rechts erheblich erschwert werden könnte. In den linksstehenden Kreisen Frankreichs hat das Wahlergebnis größte Bestürzung hervorgerufen. Man gibt der Besürchtung Ausdruck, daß die Wahl Hindenburgs die Annäherungspolitik, die in der letzten Zeit immer mehr an Boden gewonnen hat, in Frage stellen werde. Andererseits stellt man mit Befriedigung fest, daß die Zahl der für Marx und Thälmann abgegebenen Stimmen die Stimmenzahl, die Hindenburg auf sich zu vereinigen vermocht hat, übersteigt, und daß das Wahlergebnis also von einer ausgesprochen antimonarchistischen Stimmung Deutschlands zeugt. Auch der Umstand, daß Hindenburg sich selbst verleugnen und mit einem republikanisch-pazifistischen Programm auftreten mußte, wird hier als ein Beweis für die Stärke der demokratischen Idee in Deutschland gedeutet.

Vorwärts zu neuen Kämpfen!

Parteigenossinnen, Parteigenossen:

Am 26. April 1925 wurde der monarchistische General von Hindenburg zum Präsidenten der deutschen Republik gewählt. Hindenburg war der Kandidat aller schwarzweißroten Reaktionäre, die aus dem furchtbaren Zusammenbruch des kaiserlichen Systems nichts gelernt haben. Die Welt wird in dieser Wahl das Wiedererwachen des militaristischen Geistes in Deutschland sehen. Ungünstige Folgen, die daraus entstehen können, wird das deutsche Volk wieder in seiner Gesamtheit zu tragen haben.

Wir aber sagen Euch heute schon, daß wir zum Schutze der deutschen Republik auf der Wacht sein werden. Wir werden alle Versuche der Vorbereitung einer monarchistischen Reaktion ebenso offen und eindringlich bekämpfen, wie wir die Pläne jeder sich etwa aus der junkerlichen und monarchistischen Umgebung Hindenburgs bildenden Nebenregierung durchkreuzen werden. Unser deutsches Vaterland kann nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs im Rahmen der europäischen Völkerfamilie nur als Republik leben.

Genossinnen und Genossen! Die monarchistischen Junker und Bourgeois hätten ihren Hindenburg aber am 26. April 1925 allein nicht durchbringen können. Ihr Kandidat hat nicht die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Wenn Hindenburg gewählt wurde, so ist daran allein die Kommunistische Partei Deutschlands schuld, die auch in diesem Falle der Reaktion zu einem Erfolge verholfen hat. Hindenburg ist der Präsident von Gnaden Moskaus. Hierüber muß im deutschen Volke Aufklärung verbreitet werden. Als Helferin Hindenburgs muß die Kommunistische Partei allerorts vor den arbeitenden Massen Deutschlands gekennzeichnet werden. Dieser neueste Verrat der Lebensinteressen der Arbeiterklasse muß zu einer gründlichen Abrechnung mit dem Kommunismus führen. Alle klassenbewußten Arbeiter müssen unter den sozialdemokratischen Fahnen die Reihen schließen.

Genossinnen und Genossen! Die deutsche Arbeiterklasse geht schweren Zeiten entgegen. Ihr droht: das neue Hindenburg-Programm:

Erhöhung der indirekten Steuern bei Erhaltung der unsozialen Gestaltung der die Arbeiter, Angestellten und Beamten so schwer drückenden Lohnsteuer,

Wiedereinführung der den Haushalt des einfachen Mannes schwer belastenden Brotgetreidezölle zugunsten der Agrarier,

Verweigerung der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages.

Daneben werden die enteigneten Sparer und Rentner im Interesse des Kapitalismus und der Groß-Landwirtschaft durch Verhinderung einer sozialen Lösung der Aufwertungsfrage um ihre Ansprüche betrogen werden.

Diese Zeit, in der so schwere neue Lasten drohen und in welcher der soziale Gedanke in Gesetzgebung und Verwaltung immer mehr verloren geht, ist für die werbenden Gedanken des Sozialismus außerordentlich günstig. Es gilt diese Zeit zu nützen. In unseren Reihen müssen die Millionen Anschluß finden, die ihrer Klassenlage nach zu uns gehören. Dabei ist den Schichten besondere Aufmerksamkeit zu widmen, die durch den Krieg und die Kriegsfolgen proletarisiert werden. Je stärker wir werden, desto mehr wird es uns gelingen, der demokratischen Republik einen sozialen Inhalt zu geben.

In diesem Sinne, Genossinnen und Genossen, an die Arbeit für unsere großen Ziele.

Es lebe der Sozialismus, es lebe die Republik!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Aus einer Kulturnation.

Hindenburg-Kuriosa.

✣ Halle (Saale), 28. April.

Man kann das Ergebnis der Präsidentenwahl nach den ausländischen Eindrücken in die drei bereits in unserer Hauptüberschrift zum Ausdruck gebrachten Worte zusammenfassen: „Foch freut sich". Die militaristischen Kreise der Entente sind voller Hoffnungen, daß die Hintermänner Hindenburgs den alten Soldaten zu irgendwelchen Dummheiten verleiten. Wahrscheinlich sind die ausländischen Hoffnungen übertrieben. Ludendorff läßt versichern, daß er sich nicht an Hindenburg heranzudrängen und in München bleibe werde. In der nächsten Umgebung Hindenburgs sollen waschechte volksparteiliche Erfüllungspolitiker stationiert werden, und die Hindenburg-Presse selbst hat vierundzwanzig Stunden nach der Wahl bereits den großdeutsch-demokratischen Einheitsgedanken akzeptiert, den man unter „dem Banner der großdeutschen Sehnsucht", so schreibt ein deutschnationales Berliner Pressebureau, propagieren will. Man bereitet also den Berliner Einzug Hindenburgs unter den schwarzrotgoldenen Fahnen der amtlichen Reichshauptstadt bereits mit aller Raffinesse vor. Die Reichsfarben, die von heulenden Wehrwölfen und grünen Stahlhelmlümmeln noch am Wahltage mit dem Ausdrucke „Mostrich" belegt wurden, werden plötzlich das „Banner der großdeutschen Sehnsucht" genannt. Schade, daß unsere deutsch-österreichischen Brüder in ihrer großdeutschen Sehnsucht beträchtlich gehemmt sind, seit sie den Geist der kleindeutschen Hohenzollernschen Hausmachtpolitik an der Stelle Friedrich Eberts wissen.

*

Die Amtsperiode des Herrn v. Beneckendorf und Hindenburg wird der Kuriositäten nicht ermangeln. Der alte Mann hat in der kurzen Periode des Wahlkampfes bereits ein solches Maß virtuoser Wandlungsfähigkeit vom Kriegsmann zum Pazifisten, vom Nationalheros zum Erfüllungspolitiker, vom schwarzweißroten Hohenzollernfreund zum schwarzrotgoldenen Präsidentschaftskandidaten durchgemacht, daß ihm wahrscheinlich seine Rolle am 9. Mai im Reichstage nicht schwer werden wird. Am 9. Mai wird sich nämlich eins der vielen großen Wunder des Kriegspropheten Hertzi ereignen. Der Herr v. Beneckendorf und Hindenburg, der „Retter Deutschlands", der seinem Kaiser eidesgemäß bis in das Grab hinein treu ergebene Mann, wird seine breite Hand dem sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Paul Loebe verfassungsgemäß zu geben haben und in die Hand des „vaterlandslosen Gesellen" den Eid auf die republikanische Verfassung leisten. Ein Bild nicht nur für Götter, sondern auch für solche, die es werden wollen. Wir beneiden den alten Mann aus Hannover nicht um die Rolle, die er am 9. Mai zu spielen hat. An Photographen, die diesen Akt festhalten, wird es, so nehmen wir an, nicht fehlen. Wehrheil!

*

Das Frauenwahlrecht, das die Sozialdemokratie 1918 hergestellt hat, wirkt sich, wie vorauszusehen, immer noch im reaktionären Sinne aus. Demokratische Männer machen kein Hehl daraus, daß ihre Frauen oder Jungfrauen aus einem Gefühl, das wir hier nicht näher definieren wollen, dem alten Hindenburg ihre Stimme gegeben haben. Heute früh hatten wir auf dem Wege zur Redaktion das Vergnügen, das Gespräch zweier Arbeitermädchen im gefährlichen Alter von ca. dreiundzwanzig bis vierundzwanzig Jahren, die sich auf dem Marsch zur Fabrik befanden, zu hören. Die erste: „Hindenburg ist doch ein anderer Mann als Marx. Marx ist gar nischt." Die zweite: „Hindenburg ist ein Mann, ai joa."

Ja, ja, Hindenburg ist ein Mann. Arme Jungfrauen! Es ist schlimm, daß es so wenig Männer in Deutschland gibt. Immerhin, wir hoffen, daß eine gesündere Bevölkerungspolitik ihre wohltuende Wirkung auch bei den zukünftigen Wahlen ausüben wird.

*

Damit das Maß der Kuriositäten voll wird, wollen wir unseren Lesern noch eine kleine pikante Geschichte servieren, die im Kreise der bewußt Lächelnden nicht ohne Rührung kursiert. Der kommunistische Kandidat und Transportarbeiter Ernst Thälmann aus Hamburg soll seinem Bundesgenossen Hindenburg die Uebernahme des Umzuges von Hannover nach Berlin angeboten haben. Hindenburg, der im ersten Augenblick angenehm überrascht schien, hat jedoch nach einigen Sekunden ruhiger Ueberlegung mit der Entschiedenheit des alten Soldaten und mit dem Bemerken abgelehnt, daß er sich zwar mit Vergnügen von der KPD. habe aus dem Schlamassel ziehen lassen, sich aber nicht entschließen könne, Thälmann die Möbel zum Zerschlagen zu geben. Thälmann soll nichtsdestoweniger die Hoffnung nicht sinken gelassen und der Versicherung Ausdruck gegeben haben, daß die KPD. bis an ihr frühes Ende nicht unterlassen werde, weiter am Hindenburg-Karren zu ziehen. Amen!

Vorläufiges amtliches Wahlergebnis.

Berlin, 28. April. (WTB.)

Das ergänzte vorläufige amtliche Gesamtergebnis der Reichspräsidentenwahlen vom 26. April ist folgendes: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 30 362 393. Davon entfielen auf:

Hindenburg	14 648 773	Stimmen
Marx	13 760 089	„
Thälmann	1 931 635	„

Zersplittert waren 21 896 Stimmen.

Der Reichswahlleiter hat bereits gestern an den Generalfeldmarschall von Hindenburg brieflich die Frage gerichtet, ob er die Wahl zum Reichspräsidenten annimmt, falls der Reichswahlausschuß die Wahl anerkennt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250428-10/fragment/page=0001

Am 9. Mai Vereidigung Hindenburgs.

Die Berater des politisch Unerfahrenen. / Rückwirkungen auf die deutsche und preußische Regierung?

Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:

Der neue Reichspräsident wird voraussichtlich am 8. Mai nach Berlin übersiedeln und am folgenden Tage durch den Reichstagspräsidenten Genossen Loebe vor versammeltem Reichstag vereidigt werden. Ein früherer Termin kommt kaum in Frage, weil der Reichswahlleiter noch mindestens sechs bis sieben Tage zur endgültigen amtlichen Feststellung der Wahlergebnisse braucht. Erst wenn diese amtliche Feststellung getroffen ist, kann Hindenburg das höchste Amt der deutschen Republik antreten. Inzwischen hat sich der Reichswahlleiter schriftlich an ihn gewandt und ihm die Frage vorgelegt, ob er bereit ist, das Amt anzunehmen. Es handelt sich hierbei selbstverständlich nur um eine Formsache.

Der Empfang Hindenburgs in Berlin wird durch die Behörden, insbesondere den stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons, den Reichskanzler und die Reichsminister erfolgen. Aus diesem Anlaß sollen die Behörden angewiesen werden, die Reichsfahnen zu hissen, so daß der schwarzweißrote Reichspräsident unter schwarzrotgoldenen Fahnen seinen Einzug halten wird. Die Reichswehr wird natürlich ebenfalls aufgeboten, und zwar ist geplant, aus jeder Garnisonstadt ein Kommando nach Berlin zu beordern. Insbesondere die Stahlhelmparteien beabsichtigen, Hindenburg einen großen Empfang zu bereiten und vom Bahnhof bis zum Palais des Reichspräsidenten Spalier zu bilden. Für den Abend des Einzugstages ist ein Fackelzug vorgesehen.

Die Wahl Hindenburg wird auf die Zusammensetzung der Reichsregierung kaum Rückwirkungen ausüben. Das Kabinett hat sich zwar noch nicht endgültig entschieden, ob es formell demissionieren soll; aber es scheint jetzt, daß Neigung hierzu nicht besteht. In der Verfassung ist ein Rücktritt der Regierung im Falle der Wahl eines neuen Reichspräsidenten nicht ausdrücklich vorgesehen. Dagegen heißt es, daß der Reichspräsident die Reichsminister usw. zu ernennen hat. Aus dieser Formulierung könnte die Notwendigkeit eines Rücktritts gefolgert werden; aber auch diesem Rücktritt kommt in einem parlamentarisch regierten Staat, wie es Deutschland ist, nur formelle Bedeutung zu, da der Reichspräsident die Minister lediglich auf Vorschlag des Reichskanzlers ernennt und dieser wieder Vorschläge nach Rücksprache mit den Parteien macht.

Die Einstellung Hindenburgs und vor allem die Absichten der Drahtzieher seiner Kandidatur dürften sich vorerst aus der Ernennung des Staatssekretärs im Reichspräsidium ergeben. **Der Staatssekretär des verstorbenen Reichspräsidenten hat nicht die Absicht, sich durch Hindenburg in den Ruhestand versetzen zu lassen, sondern wird sein Amt quittieren, sobald der neue Reichspräsident seine Funktionen übernommen hat.** Vorläufig heißt es, daß dem politisch unerfahrenen Herrn Hindenburg ein Parlamentarier beigegeben werden soll, der Fraktionsmitglied der Deutschen Volkspartei ist. Ein derartiges Versprechen soll der Volkspartei vor der endgültigen Nominierung Hindenburgs gegeben worden sein. Es heißt, daß u. a. auch der politisch äußerst weit rechtsstehende ehemalige Reichsjustizminister und überzeugte Monarchist Dr. Heintze für das Amt des Staatssekretärs in Frage kommt. Ferner wird der frühere Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz als Staatssekretär Hindenburgs genannt.

Die preußischen Regierungsverhältnisse dürften durch die Wahl Hindenburgs kaum beeinflußt werden. Zweifellos werden die Rechtsparteien jetzt versuchen, den Volksblock zu sprengen und das Zentrum zu sich herüberzuziehen. Aber es hat den Anschein, daß diese Versuche vergebens sein werden, da die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags in ihrer Mehrheit die feste Absicht hat, den Block der republikanischen Parteien auf absehbare Zeit auch weiterhin aufrechtzuerhalten. Es ist unter diesen Umständen nicht ausgeschlossen, daß die Debatte über die heute, Dienstag, nachmittag zu erwartende Regierungserklärung des Preußischen Ministerpräsidenten mit einer Ueberraschung endet.

*

Das Abstimmungsergebnis vom 26. April für sämtliche preußischen Wahlkreise beträgt:

9,3 Millionen Stimmen für Marx,
9,2 Millionen Stimmen für Hindenburg,
1,2 Millionen Stimmen für Thälmann.

Der Rechten ist es also nicht gelungen, die Weimarer Koalition zu zerschlagen. Berücksichtigt man, daß es sich am Sonntag weniger um eine politische als um eine Gefühlswahl gehandelt hat, dann ergibt sich, daß eine Landtagsauflösung in Preußen zu einem Siege der Weimarer Koalition führen muß.

Einfaltspinsel.

Wien, 28. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Deutschnationalen Oesterreichs (eine kleine Parteigruppe) wollen aus Anlaß der Wahl Hindenburgs eine besondere Propagandaaktion für den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland einleiten. In den ersten Maitagen beabsichtigen sie große Demonstrationen zu diesem Zweck. Die christliche Presse erklärt aber, daß die Anschlußbewegung gerade durch die Wahl Hindenburgs einen schweren Stoß erlitten habe. Die stärkste Anschlußfreundin, die österreichische Sozialdemokratie, würde sich einen Anschluß an das Deutschland Hindenburgs stark überlegen.

Vorsicht, Herr Hindenburg!

Braunschweig, 28. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die aus fanatisierten Rechtsparteilern und Völkischen bestehende Ortsgruppe Braunschweig des Stahlhelms hat sich zur Begrüßung des neuen Reichspräsidenten v. Hindenburg am Montagabend auf Lastkraftwagen nach Groß-Schwülper begeben, wo sich Hindenburg bis Dienstag auf dem Gute seiner Tochter, der Gattin des Freiherrn v. Mahrenholz, aufhält. Hier bringt ihm der Stahlhelm unter Pauken und Trompeten einen Fackelzug. Dieser Stahlhelm steht übrigens unter der Führung des Kohlenhändlers Uhlenhaut, der schon mehrfach wegen Kohlenschiebungen bestraft worden ist, und gegen den zurzeit ein Meineidsverfahren schwebt. Der neue Reichspräsident sollte in Zukunft in der Wahl seiner Freunde vorsichtiger sein!

Der Volksblock an Marx.

Der Volksblock hat am Montagnachmittag folgendes Telegramm an den Präsidentschaftskandidaten Reichskanzler a. D. Marx in Sigmaringen gerichtet:

„Der Volksblock dankt in Treue seinem Führer für die große aufopfernde vaterländische Arbeit. Wir haben eine Schlacht verloren, aber der Kampf war nicht vergebens. Gerade Ihre Persönlichkeit hat in diesem Kampf den Endsieg unserer demokratischen und republikanischen Sache gewährleistet. In dieser Ueberzeugung entbieten wir schon heute herzlichen Gruß und Handschlag. Der Ausschuß: Dittmann, Erkelenz, Fischer, Spiecker, Stephan, Vockel."

*

Berlin, 28. April. (Radiomeldung.)

Reichskanzler a. D. Marx, der unterlegene Kandidat des Volksblocks, hat sich nach dem anstrengenden Wahlkampf zur Erholung nach Sigmaringen begeben. Der Volksblock hat beschlossen, daß je ein Vertreter der Parteien des Volksblocks ihm auf seiner Rückreise nach Berlin bis nach Stuttgart entgegenfährt, um ihm mündlich den Dank für seine Kandidatur auszusprechen und ihn auf seiner Rückreise nach Berlin zu begleiten. Bei der Ankunft in Berlin wird ihm vom Volksblock ein feierlicher Empfang bereitet werden.

Ein unschätzbarer Erfolg für die Todfeinde Deutschlands.

Wien, 28. April. (Eig. Drahtbericht.)

Alle Wiener Blätter geben der Mißstimmung über die Wahl Hindenburgs Ausdruck. Die „Arbeiter-Zeitung" schreibt: **„Was immer im Auslande den Haß gegen Deutschland predigt, wird aus dieser Wahl unendliche Nahrung gewinnen. Den Imperialisten in West und Ost, den Todfeinden Deutschlands in Paris und Warschau, hat der Wahltag einen unschätzbaren Erfolg bereitet.** Sie werden es nun als erwiesen erklären, daß das kriegerische, kriegdrohende Deutschland von einst wieder lebendig und machtvoll auferstanden ist. Sie haben für die Agitation, für eine dauernde Besetzung des Rheinlandes, für die Hetze gegen den Dawes-Plan, wertvolle Waffen gewonnen. In Wahrheit ist freilich der Sieg Hindenburgs der Sieg einer Stimmungsmache, da die politisch Indifferenten diesmal zur Wahlurne gegangen sind, um für den Sieger von Tannenberg ihre Stimme abzugeben und doch hätte dieses Aufgebot von Gefühlsstimmungen für einen hilflosen Greis den Sieg nicht entschieden, wenn nicht die Kommunisten Hindenburg zu Hilfe gekommen wären."

Die „Neue Freie Presse" schreibt: „Es ist gewiß, daß die Wahl im Auslande gewaltig schaden wird und insbesondere in Frankreich der Eindruck bei den fortschrittlichen Elementen, bei den besten Freunden des deutschen Volkes überwiegen wird: **Mit einem Reich, an dessen Spitze der Sieger von Tannenberg steht, der hemalige Waffengenosse Ludendorffs, mit einem solchen Deutschland muß ganz anders gesprochen werden als mit einem Land, dessen höchstes Amt eine Persönlichkeit bekleidet mit der inneren Klarheit und der Sachkenntnis eines Wilhelm Marx."** Abschließend schreibt die „Neue Freie Presse": „Die Wahl Hindenburgs ist ein Rückstoß. Allein die Dinge sind stärker als die Menschen. Der Fortschritt wird sich verlangsamen, aber er ist nicht aufzuhalten."

Das „Neue Wiener Tageblatt" schreibt: „Daß die deutsche Wählerschaft die naheliegend und ernsten Bedenken in den Wind schlug, die gegen den Namen Hindenburg sprechen, ist zu beklagen. **Die Brandstifter und Brunnenvergifter in den Ententeländern werden die Wahl Hindenburgs als ein Zeugnis dessen hinstellen, daß Deutschlands Demokratisierung nur Trug war und die militärischen Instinkte, die monarchistischen Neigungen, die Hoffnungen auf blutige Revanche in einem einzigen ungeheuren Aufflammen alle staatsmännischen Regungen zurückgedrängt haben."**

Hindenburgs Sieg und seine Folgen.

Unter dieser Ueberschrift schreibt der Sozialdemokratische Pressedienst u. a. das Folgende:

Hindenburgs Sieg bei der Präsidentenwahl war auch der Führerschaft der Rechtsparteien eine Ueberraschung, einem Teil von ihr wahrscheinlich nicht einmal eine angenehme.

Seit den sogenannten Kartellwahlen, d. h. seit rund 40 Jahren, war es in Deutschland niemals mehr vorgekommen, daß die Mehrheit der Wähler für die Rechte stimmte. Auch im Reichstag, dessen Züge durch das frühere Wahlsystem stark zugunsten der Rechten verzerrt wurden, hatten Zentrum, Freisinnige (Demokraten) und Sozialdemokraten zumeist die Mehrheit. Nach dem Zusammenbruch, bei den Wahlen zur Nationalversammlung, schienen die Rechtsparteien mit ihren 4,4 Millionen Stimmen gegen die 26 Millionen der Linken beinahe schon im Verlöschen. Später wurden sie durch die Bedrückungspolitik der Entente wieder hochgebracht, blieben aber dennoch stets schwächer als die Weimarer Koalition. Ihre parlamentarische Stoßkraft verdankten sie nicht ihrer eigenen Zahl und Stärke, sondern einzig und allein der Tatsache, daß sie sich bei jeder oppositionellen Handlung der Hilfe der Kommunisten gewiß wären.

Noch im ersten Wahlgang am 29. März blieben die Parteien der Weimarer Koalition mit ihren 18,2 Millionen Stimmen bedeutend stärker als der Rechtsblock mit seinen 11,7 Millionen. Wenn der Rechtsblock diesmal 14,6 Millionen Stimmen erhalten und damit mit 48,3 Prozent aller abgegebenen Stimmen nahe an die Grenze der absoluten Mehrheit herangekommen ist, so weiß jedermann, sowohl rechts als auch links, daß er diesen überraschenden Erfolg nicht einer veränderten politischen Stellungnahme der Wähler, sondern nur der Zugkraft zu verdanken hat, die ein großmilitärischer Name auf die Massen der Unpolitischen ausübte.

Wenn aber der Rechtsblock selbst unter so außerordentlich günstigen Bedingungen, selbst nicht mit dem Namen Hindenburg als Zugmittel, die absolute Mehrheit zu erreichen vermochte, so ist damit bewiesen, daß er es überhaupt nicht kann.

Es besteht kein Grund anzunehmen, daß die Reichstagswähler, wenn sie jetzt wieder aufgerufen würden, eine andere Entscheidung treffen könnten, als sie sie am 7. Dezember 1924 getroffen haben. Damals aber war, wie der Regel entspricht, die Weimarer Koalition stärker als der Rechtsblock. In Preußen liegen die Dinge ähnlich, nur noch günstiger.

So wird es zunächst von der Stellungnahme des Zentrums im Reich und in Preußen abhängen, was weiter werden soll. Die parlamentarische Macht, die notwendig ist, um ein Abgleiten des politischen Kurses in das Fahrwasser der Reaktion zu verhindern, ist nach wie vor vorhanden, wenn das Zentrum eine Stellung als Mittelpartei und als republikanische Partei beibehält. Experimente auf dem Gebiet der Verfassung sind schließlich vollkommen ausgeschlossen — wenigstens solange der verfassungsmäßige Weg eingehalten wird, da die Sozialdemokratie schon allein imstande ist, die Bildung einer Zweidrittelmehrheit zu solchen Zwecken zu verhindern.

So hat der Sieg Hindenburgs zunächst nur die eine Folge, daß die Unsicherheit auf außenpolitischem und innenpolitischem Gebiet stark vermehrt wird. Während England und Amerika mit Mißtrauen und Beunruhigung die neuesten Ereignisse in Deutschland beobachten, ist in Frankreich als unmittelbare Gegenwirkung eine neue nationalistische Welle im Anschwellen. Es ist vorauszusehen, daß sich die Regierung Luther-Stresemann, die zunächst am Ruder bleiben dürfte, sich ihr gegenüber rein defensiv verhalten wird. Das heißt, sie wird weiter beteuern, daß sich an der deutschen Außenpolitik nichts geändert habe, und sie wird versuchen, die Politik des Dawes-Planes und des Garantie-Paktes weiter fortzusetzen.

Dabei wird sie aber nicht nur auf ein verschärftes Mißtrauen draußen stoßen, sondern auch auf vermehrte Schwierigkeiten im Innern. Die bisher von der Luther-Regierung betriebene Außenpolitik ist im wesentlichen die Politik Stresemanns und der Volkspartei. Die aber haben durch die Aufstellung der Hindenburg-Kandidatur und erst recht durch ihren Erfolg eine schwere Niederlage innerhalb des Rechtsblocks erlitten. Den extremen Rechten um Ludendorff und Freytag-Loringhoven, für die Stresemann wegen seines Garantiepakt-Angebots einfach ein „Landesverräter" ist, ist der Kamm mächtig geschwollen. Ob der Rechtsblock angesichts dieser vermehrten inneren Widerstände überhaupt imstande sein wird, eine der Wirtschaft erträgliche Außen- und Handelspolitik zu treiben, steht dahin.

Geringer werden vielleicht die Schwierigkeiten auf dem Gebiet der inneren Politik sein, in der Fragen der Finanzen und der Steuern im Vordergrund stehen.

Hallesche Sing-Akademie.

Leitung: Domkantor Dr. Schönherr.

Moderner Abend.

Die Hallesche Singakademie ist in letzter Zeit künstlerisch sehr gewachsen und brachte in ihren Darbietungen viel des Wertvollen; wohl ein Verdienst des reichbegabten musikalischen Leiters Dr. Schönherr; es zeugt von Feinsinn, daß Schönherr an diesem „modernen Abend" neben seinen Kompositionen auch verschiedene andere Komponisten zu Gehör kommen ließ; von den Kompositionen Schönherrs hörte ich vor längerer Zeit durch den vorzüglichen heimischen Organisten Otto Schröter Bruchstücke seiner „Kantaten", die mich in ihrer Eigenart gespannt aufhorchen ließen; diese Kantaten sind in ihrer Fassung Filigranarbeiten mit stark persönlicher Note; das rein weihevolle Kirchliche ist so eingekleidet, daß man die Prägnanz des Ganzen ebenso bewundern muß, wie die Charakteristik der einzelnen Details, die zwischen einer Koloristik Regers und der hoheitsvollen Stimmung Bachs pendeln. Die gestern gehörten Orchesterlieder zeigen kein so blendendes Kolorit, aber immer sinnvolle Illustration des Textes und frische Bewegung in der Instrumentierung; hier bringt Schönherr besonders in dem frisch pulsierenden „Frühlings-Lied" wohl das Beste; die anderen Lieder neigen zu Grübelei und lehnen sich im Orchester an Wagner an.

Ganz merkwürdig hat unser tüchtiger heimischer Geiger Karl Herforth sein Opus als „Dramatisches Streichquartett" bezeichnet, obwohl Streichquartett und dramatische Musik völlig heterogene Begriffe sind; Herforth ist ein Fachmann und kennt die Vorzüge wie die heimlichen Launen des vierstimmigen Satzes. Schon der erste Satz ist klanglich und rhythmisch interessant, alles intensive Gefühlsmusik, das Andante bringt kapriziöse Themen und der dritte Satz einen türkischen Zigeunertanz, der allerdings mehr an ungarische oder spanische Zigeunerskalen anklingt; der eingeflochtene langsame Satz scheint hier etwas deplaciert. Der Schlußsatz zeigt viele Themen von Schlagkraft und genialem Wurf; das ganze Opus zeugt jedenfalls von einer gediegenen Musikalität des Komponisten.

Das Quartett von Rich. Wetz, dem hervorragenden Erfurter Musiker, trägt in allen Sätzen eine feingefügte Melodik und eine eminente Stilisierung des vierstimmigen Satzes; nirgends fehlt die überzeugende Kraft, wir fühlen uns nie von einem Thema in das andere gejagt, alles wird durch eine kurze, geistvolle Floskel geebnet und erfreut Ohr und Herz gleichmäßig.

Das Bohnhard-Quartett zeigte in den schwierigen Aufgaben Kraft, Männlichkeit, idealen Ton, doch nie Süßlichkeit, dafür aber treue Hingabe an die Werke, große Selbständigkeit jedes Instrumentes, doch immer Vornehmheit. Bohnhard meisterte die verschiedenen Kantilen mit seinem seelenvollen Ton in vollendeter Art.

Der Chor klang ausgezeichnet, im Sopran besonders stimmkräftig. Die Solopartien sangen Luci Leonhard (Leipzig) und Elfriede Hirte (Halle) mit bestem Gelingen; die prachtvolle Stimme von Elfriede Hirte, die nicht nur durch Glanz, sondern durch ihre feine Kultur besticht, bereitete uns wieder einen besonderen Genuß.

Der Leiter des Konzertes, Dr. Schönherr, wie alle Mitwirkenden wurden durch reichen Beifall ausgezeichnet. S. S.

Tod der Witwe Emile Zolas.

Dem „B. T." wird aus Paris telegraphiert: Die Witwe Emile Zolas ist heute in ihrem Pariser Heim gestorben. Diese gütige und in ihrer Bescheidenheit große Frau hatte die Kinder Zolas, die nicht ihre eigenen Kinder waren, adoptiert und sorgte für sie wie eine wahre Mutter. Nach dem Tode ihres Mannes gehörte das Leben seiner Witwe der Wohltätigkeit. Sie hatte in Médan eine Pflegeanstalt für kranke und verlassene Kinder gegründet, für die sie aufopfernd sorgte. Madame Zola ist 86 Jahre alt geworden. Sie hat ihren Gatten um 23 Jahre überlebt.

Starke Inanspruchnahme des Mitteldeutschen Landestheaters. Dem Mitteldeutschen Landestheater, Sitz Halle, fielen im Laufe der letzten Monate Spielorte in einer solchen Zahl zu, daß entlegene Versorgungsgebiete (so die Städte in der Altmark) nicht mehr regelmäßig besucht werden konnten und an das Ostdeutsche Landestheater in Berlin abgetreten wurden.

Die Deutsche Kulturwoche in Florenz.

Der Arbeitsausschuß für die 2. Internationale Buchmesse in Florenz gibt jetzt die Namen der deutschen Redner bekannt, die sich an der mit der Buchmesse in Verbindung stehenden deutschen Kulturwoche beteiligen werden. Es befinden sich darunter die hervorragendsten Namen deutscher Kunst und Wissenschaft, so Professor Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff von der Berliner Universität, ferner Thomas Mann als Vertreter des deutschen zeitgenössischen Schrifttums und der Literarhistoriker Wolfgang von Oettingen. Die Genannten haben sich bereits für Vorträge verpflichtet. Ihnen wird sich wahrscheinlich der Kunstschriftsteller Professor Peter Jessen, der Bibliotheksdirektor des Kunstgewerbemuseums in Berlin, anreihen, der über Buchkunst sprechen soll. Im Rahmen der deutschen Kulturwoche wird auch endlich ein Konzert des Berliner Klingler-Quartetts stattfinden, dem die Aufgabe zufällt, die Gipfelpunkte klassischer deutscher Kammermusik durch seine Vorträge zu illustrieren. Die Deutsche Kulturwoche steht in einer Reihe mit anderen Veranstaltungen ähnlicher Art, die im Zusammenhang mit der Internationalen Buchmesse in Florenz einzelne Phasen der Kultur der verschiedenen Völker durch charakteristische Darbietungen ihrer Hauptvertreter veranschaulichen sollen.

Stadttheater. Am heutigen Dienstag 7½ Uhr erstes Gastspiel der Mailänder Stagione in Puccinis „Toska". Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die heutige Dienstag-Vorstellung bei vollständig aufgehobenem Abonnement in Szene geht. — Rossinis „Barbier von Sevilla" erscheint in der Aufführung durch die Mailänder Opernstagione am Mittwoch, dem 29. April, im Stadttheater in der in Deutschland leider wenig bekannten (Stuttgart und Weimar machten eine Ausnahme) Urform mit Rezitativen, nicht mit gesprochenem Dialog. — Donnerstag drittes und letztes Gastspiel der Stagione: „Cavalleria rusticana", hierauf „Der Bajazzo".

Ruth Schwarzkopf und ihr Partner Ferry Dvorak geben morgen, Mittwoch, im Thaliasaal auf vielfachen Wunsch ein nochmaliges Gastspiel. Es sei nochmals auf die außergewöhnlichen Darbietungen dieses bekannten Tänzerpaares hingewiesen. Karten bei Hothan und für Mitglieder des Bühnenvolksbundes in der Geschäftsstelle, Alte Promenade 1a.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250428-10/fragment/page=0002

Kritischer als im Reich steht es mit der Innenpolitik in Preußen. Hier ist ja bisher auch immer der starke Hort gegen alle rechtsputschistischen Bestrebungen gewesen. Sachlich besteht die Notwendigkeit, ihn zu erhalten und auszubauen, heute mehr denn je; ob die praktische Möglichkeit dazu vorhanden ist, muß sich in den allernächsten Tagen zeigen. Solche rechtsputschistische Bestrebungen, deren Gefahr durch Hindenburgs Präsidentschaft zweifellos gesteigert ist, können zwar viel Unheil und Verwirrung anrichten, doch ist die Zuversicht berechtigt, daß sich der Sinn für Vernunft und Recht, wie bisher so auch künftig, siegreich gegen sie behaupten wird.

Man darf nicht übersehen, daß auch im Rechtsblock starke Kräfte vorhanden sind, denen aus wirtschaftlichen Gründen jede äußere oder innere Abenteuerpolitik aufs äußerste zuwider ist.

Alles in allem: es besteht kein Grund zu glauben, daß nun der Himmel einstürzen müsse, weil der alte Herr v. Hindenburg Reichspräsident geworden ist. Seine Wahl ist ein Unheil, das wir mit allen Kräften bekämpft haben. Dieses Unheil einzudämmen, die Republik zu sichern, die sozialen Rechte der arbeitenden Massen zu verteidigen, ist jetzt die Aufgabe der Sozialdemokratie, und, wie man sieht, keine unlösbare Aufgabe.

Der Kampf gegen reaktionäre arbeiterfeindliche Tendenzen ist der Sozialdemokratie noch immer gut bekommen. So wird es auch diesmal sein. Die Kommunistische Partei aber ist am Verenden. Zwar hat sie von ersten zum zweiten Wahlgang ihre Stimmen um eine Kleinigkeit vermehren können, daneben darf aber nicht übersehen werden, daß sie vom 4. Mai 1924 bis zur letzten Entscheidung, also in weniger als Jahresfrist, ungefähr die Hälfte ihrer Wähler verloren hat. Sterbend hat sie noch ihren letzten Streich gegen die Republik geführt, indem sie durch Aufrechterhaltung der sinnlosen Thälmann-Kandidatur den Sieg Hindenburgs herbeiführte. Dieser Streich wird ihr sehr übel bekommen.

Die Sozialdemokratie ist nicht geschlagen. Sie ist vielmehr durch das Ereignis des 26. April in eine Periode eingetreten, die unter den allergünstigsten Vorzeichen steht. Große Aufgaben harren ihrer, sie wird mit ihnen wachsen. Als die Partei der arbeitenden Massen ist und bleibt sie zugleich die Staatspartei der Republik, deren Unentbehrlichkeit für das Volksganze heute noch klarer in Erscheinung tritt denn je.

Hindenburg hat eine Schlacht gewonnen. Aber diesen Krieg gewinnen wir!

•

Luther bei Hindenburg.

Reichskanzler Dr. Luther hat sich am Montagabend nach Hannover begeben, wo er im Laufe des heutigen Tages mit Hindenburg eine Unterredung haben wird.

Wieder ein Tag Barmat-Klatsch.

Berlin, 28. April. (Sog. Pressedienst.)

Der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags zur Aufklärung der Kreditgeschäfte der preußischen Staatsbank nahm am Montag seine Arbeiten wieder auf.

Mehrere Zeugen wurden vernommen über eine Unterredung, die Justus Barmat im Jahre 1920 in Begleitung des Reichskanzlers a. D. Bauer mit dem damaligen Reichsernährungsminister Dr. Hermes hatte. Im sächsischen Wirtschaftsministerium war seinerzeit der stellvertretende Vorsitzende der Reichsfettstelle v. Lossow erschienen und warnte vor weiterer Geschäftsverbindung mit Barmat. Der sächsische Wirtschaftsminister Schwarz verlangte daraufhin von der Reichsfettstelle Belastungsmaterial. Die Antwort der Reichsfettstelle war, daß Herr von Lossow nicht im Auftrage der Reichsfettstelle, sondern als Privatperson gehandelt habe. Eine zufriedenstellende Antwort hat Schwarz, wie er vor dem Ausschuß bekundet, nie erhalten. In einer persönlichen Unterredung mit dem Reichsernährungsminister Hermes, die in Gegenwart des Reichskanzlers a. D. Bauer stattfand, wurde Schwarz auf eine Auskunft des Auswärtigen Amtes verwiesen. Dort wurde ihm jedoch erklärt, daß gegen Barmat keine politischen Anschuldigungen vorlägen. Minister a. D. Hermes gibt zu, daß Reichskanzler a. D. Bauer bei den verschiedenen Besprechungen mit ihm niemals versucht habe, auf ihn einen Druck zugunsten Barmats auszuüben. Auf eine Frage des Abg. Markwald (Soz.) über die Erfahrung des sächsischen Wirtschaftsministeriums mit Barmat erklärt Schwarz, daß die Geschäfte von Barmat in der einwandfreiesten Weise abgewickelt worden seien. Weiter bekundet er, Barmat für wohltätige Zwecke interessiert zu haben. Dieser habe für ein Tuberkulose-Kinderheim der Amtshauptmannschaft Pirna bedingungslos 250 000 Mark zur Verfügung gestellt. Ihm sei nicht eine elegante Wohnung in diesem Heim zur Verfügung gestellt worden, sondern nur ein Zimmer zur Besichtigung und Beobachtung des Betriebes.

Es kommt dann ein Bericht des deutschen Generalkonsulats in Amsterdam über Barmat zur Erörterung. Darin wird behauptet, daß Barmat von einer Auskunftei als „Schieber schlimmster Sorte" bezeichnet worden sei. Reichskanzler a. D. Bauer stellt als Zeuge fest, daß Staatssekretär Bove diesen Bericht nicht als ein Hindernis für Geschäftsabschlüsse bezeichnet habe. Direktor Pritschow erklärt, im Sommer 1919 sei die Lage so schlimm gewesen, daß man froh war, als Barmat als erster den Mut hatte, mit dem Reich Geschäfte gegen Ukrainer zu machen und dem Reich tatsächlich Kredit zu geben. Abg. Robert Schmidt (Soz.) weist darauf hin, daß der deutsche Handel damals angesichts der politischen Unruhen, deren eigentliche Ursache die Ernährungsschwierigkeiten waren, keinen Kredit im Auslande bekam. Er habe als Reichswirtschaftsminister verlangt, daß mit Barmat wegen seiner politischen Stellung kein Geschäft abgelehnt werden dürfe, sondern daß er ebenso behandelt werden müsse, wie jeder andere.

•

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages sollte am Montag eine Verordnung der Regierung über die Verlängerung der Wahlzeit der preußischen Provinziallandtage und Kreistage bis zum 1. Juli die Billigung durch das Parlament erfahren. Der Ausschuß sah jedoch von einer Stellungnahme ab, nachdem der Berichterstatter darauf verwiesen hatte, daß es vielleicht nötig werden könnte, den Wahltag für die Provinziallandtage und Kreistage zugleich für andere Wahlen festzusetzen.

Die Botschafterkonferenz wird am Mittwochvormittag eine Sitzung abhalten, und mit der Prüfung der von Marschall Foch im Namen des Militärkomitees von Versailles vorbereiteten Antwortnote beginnen. Diese enthält eine ausführliche Analyse des Berichtes der Militärkontrollkommission, der teilweise wörtlich zitiert wird. Der französische Botschafter in London, der am Montagmittag nach London abgereist ist, wird der englischen Regierung den Standpunkt der französischen Regierung in der Entwaffnungsfrage übermitteln.

Aus aller Welt.

Liebestragödie im Zuge.

Hannover, 28. April. (WTB.)

Nach dem „Hannoverschen Anzeiger" wurde in einem Abteil 2. Klasse des am Sonntagabend gegen 12 Uhr von Lehrte in Hannover eintreffenden Zuges die Leiche eines 22jährigen Kaufmanns aus Hannover aufgefunden, der sich nach dem Untersuchungsbefund erschossen hat, nachdem er zuvor eine gleichzeitige mit ihm reisende Dame wegen Streitigkeiten zu erschießen versuchte, sie aber dabei nur ungefährlich verletzte.

„Hölzernes Götzenbild."

„Dem Deutschen Reich gegenüber nur die Politik der starken Faust am Platze." / Die Rolle der kommunistischen Hindenburg-Knechte.

Urteile des Auslandes.

London, 28. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Wahl Hindenburgs trifft die öffentliche Meinung Englands völlig unvorbereitet, ha man in allen Kreisen bis in die letzte Stunde mit einem Sieg von Marx gerechnet hatte. Die Londoner Abendpresse kommentiert am Montag in ausführlichen Artikeln die durch Hindenburgs Wahl geschaffene Lage. Der liberale „Star" weist auf das Verhängnisvolle dieser Lage hin, das darin besteht, daß die Wahl Hindenburgs die verspätete Frucht des Poincarismus sei und nach Lage der Dinge wieder zu Poincaré zurückführen werde. Der Ausgang der Wahl werde zweifellos für Deutschland innen- und außenpolitisch katastrophale Folgen haben. Wörtlich schreibt das Blatt: „Seit durch die große Umwälzung des Jahres 1918 die alte Welt zerschlagen wurde, sind die Nationen Europas durch die Bande des Selbstinteresses und der Menschlichkeit aneinander geleitet. Wir bedauern, daß die deutschen Wähler ein hölzernes Götzenbild über diese gemeinsamen Interessen gestellt und damit den Frieden und das Wohlergehen für ihr Land vertagt haben."

„Evening News" warnt die englischen Landsleute vor einer Panik und erwartet die Erkenntnis vom Hindenburg, daß Frieden und Sicherheit nicht nur im Interesse Europas und der Welt liegen, sondern auch für Deutschland wünschenswert seien.

In allen politischen Kreisen Englands herrscht Bestürzung, da man in dem Ausgang der Wahl die Rückkehr zum alten Deutschland der Machtpolitik sieht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die deutsche Diplomatie schon in der allernächsten Zeit die Wirkungen dieses Mißtrauens spüren wird, das durch Hindenburgs Wahl erzeugt wurde. In den diplomatischen Kreisen Londons wird der Weg, der die Wahl Hindenburgs brachte, als Beginn einer neuen, vom deutschen Volke selbstverschuldeten Isolierung Deutschlands bezeichnet. In den britischen Regierungskreisen ist man zurückhaltend, jedoch verhehlt man nicht die Auffassung, daß man die Niederlage von Marx bedauere. Außerdem befürchtet man von einem Regime Hindenburgs, daß unkontrollierbare Ratgeber des neuen Reichspräsidenten mitspielen.

Amsterdam, 28. April. (Eig. Drahtbericht.)

Der erste Eindruck der Wahl Hindenburgs auf die öffentliche Meinung in den Niederlanden war geradezu verblüffend. Die Ueberraschung, oder besser gesagt, die Bestürzung, war um so größer, als sämtliche niederländische Blätter die Niederlage des alten Hindenburg als feststehende Tatsache bezeichnet und die Berliner Korrespondenten der großen niederländischen Zeitungen noch am Sonntagnachmittag den sicheren und überlegenen Sieg Marx' als feststehende Tatsache in Aussicht gestellt hatten. Während in Börsen- und Handelskreisen über das Ergebnis der deutschen Präsidentschaftswahl große Nervosität und Beunruhigung wegen der jetzt wiederum einsetzenden allgemeinen politischen Unsicherheit und infolge der Befürchtungen neuer internationaler Verwicklungen herrscht, sind in der öffentlichen Meinung dem deutschen Volke ungünstige Stimmen vorherrschend, Stimmen, vor deren Unterschätzung in Deutschland dringend gewarnt werden muß. Es wäre töricht, verschweigen zu wollen, daß sich unter dem ersten niederschmetternden Eindruck der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten über Nacht ein Stimmungsumschwung zuungunsten der deutschen Nachbarnation vollzogen habe. Daran ändern auch gewisse besänftigende Ausführungen eines Teiles der niederländischen Presse, so des „Nieuwe Courant" und des „Telegraaf" nichts, daß letzten Endes Hindenburg nicht allein das Heft in Händen habe, sondern daß die Regierung des Deutschen Reiches vom Parlament kontrolliert werde. Allerdings werden gleichzeitig in einigen Blättern Befürchtungen über Stresemann geäußert, daß der öffentlichen Meinung die Berichte der amtlichen deutschen Auslandsvertreter, der Botschafter, Gesandten und Konsulatsbeamten über den höchst ungünstigen Eindruck der Kandidatur Hindenburg im Auslande vollkommen im unklaren ließ, und lediglich allgemeine Erklärungen veröffentlichte, welche den Stempel der denkbar größten Rücksicht, um eine andere Wendung zu umgehen, auf den gefürchteten Loebell-Ausschuß auf der Stirn trugen. Das besetzte Gebiet wird den größten Teil der Kosten dieser Wahltorheit zu tragen haben. Dem deutschen Volk ist anscheinend nicht zu raten und nicht zu helfen. Man wird ihm später, wenn sich die politischen und wirtschaftlichen Folgen dieses Volksentscheids auswirken werden, das Wort Molières von Georg Daudin zurufen müssen: „Du hast es gewollt, Du hast es gewollt, Georges Daudin!"

Brüssel, 28. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Wahl Hindenburgs hat in den sozialistischen und demokratischen Kreisen geradezu eine Konsternation hervorgerufen, und ihr erster Eindruck ist der einer trostlosen Zukunft für die Gestaltung der Beziehungen zu Deutschland. Auf nationalistischer Seite dagegen höhnendes Triumphgeschrei. Der Wahlausfall wird als der Bankerott der Politik des Entgegenkommens gegenüber Deutschland ausgerufen und als Beweis dafür angeführt, daß dem Reich gegenüber nur die Politik der starken Faust am Platze sei. — Im „Peuple" schreibt de Brouckere: „Die Wahl Hindenburgs bedeutet zweifellos den schwersten Schlag für die Hoffnung all derer, die im guten Glauben für die Befriedung Europas arbeiten. Keine Erklärung des Wahlausfalls kann über die Tatsache hinwegtäuschen, daß sieben Jahre nach einem Kriege, ein Jahr nach dem Dawes-Plan, mitten in den Verhandlungen über den Garantiepakt fast die Hälfte aller erwachsenen Deutschen für einen Mann gestimmt haben, der nie aufgehört hat, die Verkörperung des aggressiven brutalen Alldeutschtums zu sein." De Brouckere wirft dann die Frage auf, was die deutschen Kommunisten bewogen haben mag, den Sieg Hindenburgs zu sichern. Bildeten sie sich ein, daß ein reaktionäres Deutschland den Angeboten eines Militärbündnisses mit Sowjetrußland zugänglicher sein werde? Oder handelten sie einfach aus ihrer üblichen brutalen Dummheit? Wie dem auch sei, so muß Hindenburg, der mit Hilfe der Kommunisten gewählt wurde, in eine falsche Lage geraten, und er wird deshalb vielleicht nicht die Kraft haben, das zu vollbringen, was seine Umgebung wünscht.

Neuyork, 28. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Wahl Hindenburgs hat hier geradezu Bestürzung und Enttäuschung hervorgerufen. In der ganzen Presse wird das Bild Hindenburgs in Kriegsuniform mit dem Marschallstab gebracht. Die propagandistische Wirkung dieser Art Bilder ist aus der Kriegspropaganda bekannt. Die Wahl hat Deutschland ein gut Stück der freundlichen Beurteilung in der letzten Zeit gekostet. „New York Herald" schreibt, daß die Wahl Hindenburgs geradezu die Politik der Nichterfüllung bedeute. Der Stimmungsumschwung in Amerika werde in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht großen Schaden für Deutschland anrichten. Deutschland habe sein wahres Gesicht gezeigt und die ganze Welt zu äußerster Vorsicht gemahnt.

Die Montag-Abendblätter signalisieren den völligen Umschwung der amerikanischen Stimmung gegen Deutschland. General Allen äußerte: Ganz Amerika betrachte die Wahl Hindenburgs als einen Schlag gegen die deutsche Republik. Die „Chicago Tribune" kündigt die neue wirtschaftliche und politische Isolierung Deutschlands an. Deutschland habe die Monarchie gewählt. Der Stuhl Hindenburgs sei der Stuhl der Hohenzollern.

Genf, 28. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Montagausgaben der Schweizer Presse, die Stellung nehmen zur Wahl Hindenburgs, stimmen in der Auffassung überein, daß der Sonntag ein schwarzer Tag in der deutschen Geschichte sei. „Journal de Geneve" schreibt: „Das Ausland wird nie verstehen, daß Hindenburg, der sein Leben lang nur zum Ruin und zur Niederlage Deutschlands beigetragen hat, als Nationalheros erscheint, während Marx, der mehr als jeder andere zum Wiederaufbau Deutschlands beigetragen hat, von den Nationalisten als Verräter behandelt wird. Die Republikaner haben sich gut geschlagen, aber die politischen Analphabeten waren zahlreicher. Hindenburgs Sieg ist eine der Sentimentalitäten und militärischen Traditionen Deutschlands. Es ist unerhört, daß die Deutschen nach ihrer schweren Niederlage nicht endlich einsehen, daß sie das Ausland nicht dauernd vor den Kopf stoßen können. Was wollen sie jetzt, wo sie ihren Hindenburg haben, mit ihm anfangen, wenn seine bloße Gegenwart Deutschland das dringende Vertrauen fortnimmt, das es im Laufe der letzten Jahre wiedergewonnen hat? Was am meisten beklagenswert erscheint, ist die geistige Verfassung, welche die Wahl verriet. Das Ausland wird daraus seine Schlüsse ziehen und die internationalen Beziehungen werden sehr darunter leiden. Oder glaubt etwa Herr Stresemann, daß er jetzt seine Garantie- und Völkerbundspolitik fortsetzen kann, wenn er auf das Mißtrauen der ganzen Welt stößt?"

„Tribune de Geneve" schreibt: „Alle Friedensfreunde der ganzen Welt beklagen diese Wahl, die die Militärkamarilla wieder in den Sattel setzt. Es scheint, als ob dem deutschen Volke nicht zu helfen ist." „Travail" meint: „Zwei Millionen kommunistische Stimmen haben Hindenburg zum Siege verholfen, das ist der Höhepunkt politischer Ignoranz und Gemeinheit."

In den rechtsstehenden Kreisen liegt man über den Wahlausfall eine große Befriedigung an den Tag. Die rechtsstehende Presse läßt sich die Gelegenheit nicht entgehen, von einem Zusammenbruch der Annäherungspolitik zu sprechen. Der „Temps" bezeichnet die Wahl Hindenburgs als wirtschaftlichen Folgen dieses Volksentscheids auswirken werden, das Wort Molières von Georg Daudin zurufen müssen: „Du hast es gewollt, Du hast es gewollt, Georges Daudin!"

Schiffsunfall auf der Weser.

Bremen, 26. April.

Als der Dampfer „Greta" in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag den Hafen II in Bremen verlassen wollte, ereignete sich beim Herumschleppen des Dampfers in die Weser ein schwerer Unfall. Bei einer Drehung kam die Schlepptrosse so unglücklich quer ab, daß der Schlepper „Nordenham II" kenterte. Dabei ertranken drei Mann von seiner Besatzung. Der große Schwimmkran der „Weser"-A.-G. wurde sofort nach der Unfallstelle gesandt, um den gesunkenen Schlepper zu heben. Der Schiffahrtsbetrieb an der Unfallstelle erleidet keine Behinderung.

Brudermord und Selbstmord.

In dem Hause Horst-Kohl-Straße 1 in Steglitz spielte sich gestern nacht eine furchtbare Familientragödie ab, die in ihren Einzelheiten noch nicht ganz geklärt ist. Um ½4 Uhr nachts erschoß hier der 22 Jahre alte Student Kurt Behrend, der Sohn eines Ministerialammanns, seinen zwölfjährigen Bruder und verübte gleich darauf Selbstmord.

Zuerst nahm man an, daß diese entsetzliche Tat auf Eifersucht zurückzuführen sei, die der ältere Bruder wegen einer gewissen Bevorzugung des jüngeren von seiten den Eltern hegte. Da jedoch der Täter seit längerer Zeit an einem Nervenleiden erkrankt ist, ist es auch sehr gut möglich, daß Kurt Behrend in geistiger Umnachtung gehandelt hat. Der Vater der beiden befindet sich zurzeit auf einer Dienstreise außerhalb Berlins. Bis zur völligen Klärung des Tatbestandes sind die Leichen von der Polizei beschlagnahmt worden.

Ein Sohn Tolstois als Reitlehrer. Graf Leo Tolstoi, ein Sohn des großen russischen Dichters, hat in Neuilly bei Paris, dicht am Bois de Boulogne, eine Reitschule eröffnet. Er ist mit einer Amerikanerin verheiratet, die ihn in der Geschäftsleitung unterstützt. Der Dritte im Bunde ist ein früherer russischer Oberst, der als erster Stallmeister fungiert.

Neue Entdeckungen im Sargasso-Meer.

Nach den kürzlich von der vielerwähnten Expedition des Professors Beebe eingetroffenen Nachrichten hat die Expedition, die bekanntlich zur Erforschung des Sargassomeeres ausgesandt wurde, in der Gruppe der Galapagos- oder Schildkröten-Inseln zwei neue Vulkane entdeckt. Außerdem hat sie ein nicht minder bemerkenswertes Phänomen feststellen können. Die kalte Strömung nämlich, die nach ihrem Entdecker Alexander von Humboldt, dem Begründer der modernen Klimatologie, die Humboldt-Strömung genannt wird, weicht mit großer Schnelligkeit von der Westküste Südamerikas zurück. Vor ihrer Ankunft in Darwin-Bay beobachtete die Expedition ferner eine riesige Springströmung, die, die Panama- und Humboldt-Strömungen durchschneidend, über eine Entfernung von 20 Meilen ihre Gewässer mit denen der beiden Strömungen mischt. In den hierdurch hervorgebrachten Schaumwellen spielte eine große Zahl von Delphinen. Die Mitteilungen der Expedition haben endlich hervor, daß bisher kein vulkanischer Ausbruch auf den Galapago-Inseln beobachtet werden konnte, daß aber möglicherweise zwischen der scheinbaren Unruhigkeit der dortigen Vulkane, den Erdbeben in Japan und den in der Richtung der Humboldt-Strömung beobachteten Veränderungen ein ursächlicher Zusammenhang bestehen könnte.

Der Teufel im Sowjet-Dorf. Die Moskauer „Iswestia" berichtet folgende Episode: Der Pope eines Sowjet-Dorfes, dessen Einkünfte nach dem Umsturz ziemlich schmal geworden waren, kam auf die glänzende Idee, sie dank dem Teufel zu vermehren. Der Sohn des ehemaligen Gutsbesitzers maskierte sich als Teufel, setzte sich Hörner auf und erschreckte nachts die Bauern. Um den Teufel zu versagen, mußten sie der Kirche reiche Gaben zufließen lassen. Die Ortsbehörden ließen sich aber durch den Teufel nicht irreführen, sondern verhafteten ihn, als er gerade im besten Zuge war. Das Ende vom Lied war die Verurteilung des Popen und seiner Mitbeteiligten. Das Sowjettribunal diktierte ihnen mehrere Monate Zwangsarbeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250428-10/fragment/page=0003

Gewerkschaftliches.

Urabstimmung über den belgischen Generalstreik.

Brüssel, 28. April. (Eig. Drahtbericht.)

Der außerordentliche Kongreß der belgischen Bergarbeiter hat einstimmig beschlossen, angesichts der einseitigen Kündigung des Tarifvertrages durch die Grubenbesitzer und der zum 1. Mai angedrohten weiteren Lohnverkürzung die Frage der Proklamation des Generalstreiks einer Urabstimmung der Arbeiter zu unterbreiten. Sollte die Mehrheit für den Generalstreik sein, dann wird die Verbandsleitung ermächtigt, den Zeitpunkt der Proklamierung zu bestimmen und inzwischen noch den letzten Versuch zur Einigung zu machen. Angesichts der unversöhnlichen Haltung der Grubenherren hegt man in den Kreisen der Bergarbeiterführer trotz weitgehenden Entgegenkommens wenig Hoffnung, daß der Generalstreik vermieden werden kann.

Mitteldeutscher Werkmeistertag.

Die zunehmende wirtschaftliche Bedeutung der mitteldeutschen Industriegebiete mit dem Zentrum in Halle zeigt sich besonders durch die Tagungen wirtschaftlicher Verbände. Diese Tagungen haben den Zweck, die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens und die Entwicklung dieses Gebietes für die Zukunft den einzelnen Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen, weiter aber auch die Ausnutzung vorhandener Rohstoffe, wie auch neuzeitliche rationelle Betriebsmethoden und Erfahrungen zeigen. So beabsichtigt auch der Deutsche Werkmeister-Verband, Sitz Düsseldorf, für seine Mitglieder am 1., 2. und 3. August in Halle einen Mitteldeutschen Werkmeistertag abzuhalten, der alle Werkmeister des mitteldeutschen Gebietes (Provinz Sachsen, Freistaat Anhalt, das Harzgebiet und Thüringen sowie auch Teile des Freistaates Sachsen) umfassen soll. Gleiche Tagungen hat der Verband früher in den verschiedenen Wirtschaftsgebieten Deutschlands abgehalten; und soll nun auch für das angegebene Gebiet eine Zusammenfassung erfolgen. Die Ausnutzung der mitteldeutschen Braunkohle und der verschiedenen Erzvorkommen, die Entwicklung besonders der chemischen Industrie sowie Eisen- und andere besondere Industrien zeigen mehr und mehr, welche Bedeutung das mitteldeutsche Gebiet für die deutsche Produktion erhält. Diese Entwicklung ist aber besonders ausschlaggebend für den Werkmeister, der als besonderer Faktor der Produktion mit besonderen Interessen diese Entwicklung verfolgt. Diese Berufsgruppen aber über diese Fragen aufklären, ist die vornehmste Pflicht der Veranstaltung des Verbandes, und soll dies geschehen durch bestimmte Tagungen der Fachgruppen mit aufklärenden Vorträgen über Sonderfragen sowie durch Besichtigung einzelner Industriewerke. Ferner durch Vorträge durch prominente Vertreter der Wirtschaft sowie der Wissenschaft, und werden hierdurch sowohl die einzelnen Ortsgruppen, wie alle Werkmeister dieses Gebietes schon heute auf die Tagung aufmerksam gemacht. Nähere Auskünfte hierüber erteilt die Geschäftsstelle Halle, Kl. Klausstr. 7.

Sozialdemokratische Metallarbeiter. Heute abend 7 Uhr, im „Volkspark", Zimmer Nr. 8 (Rauchzimmer), wichtige Vorbesprechung der Fraktion wegen der 7½ Uhr beginnenden Mitgliederversammlung. Jeder Genosse hat zu erscheinen.

Der Fraktionsvorstand.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Schlesischer Streuselkuchen. Bedarf: 500 Gramm Mehl, 100 Gramm Margarine, 35 Gramm Zucker, 2 Eßlöffel Süßstofflösung, 1 bis 2 Eier, 1 Tasse Milch, Spur Salz, Saft und abgeriebene Schale einer halben Zitrone, Stäubchen Kardamom, 30 Gramm Hefe. Zubereitung: Alle Zutaten auf dem Brett zu geschmeidigem Teig verarbeiten, dann die in wenig warmer Milch verrührte Hefe zufügen. Teig durchkneten und auf ein gefettetes Blech ausrollen und zirka 50 Minuten an warmer Stelle aufgehen lassen. Später mit zerlassener Margarine bepinseln, die Streuseln darauf streuen und 25 bis 35 Minuten in Mittelhitze backen. — Zu Streusel vermenge man 130 Gramm Mehl, 60 Gramm weiche Margarine, 100 Gramm Zucker, 1 Eßlöffel Süßstofflösung, 2 Tropfen Mandelöl, Priese gemahlenen Zimt.

Demonstriert am 1. Mai

gegen die Herrschergelüste des kapitalistischen Unternehmertums. Sagt den Gegnern der Ratifizierung des Arbeitszeitabkommens von Washington den unerbittlichen Kampf an und äußert durch eindrucksvolle Massenkundgebungen Euern eisernen Kampfwillen

für den Achtstundentag!

Vereins-Kalender

der SPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD Halle (Saale), Hats 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. Ortsbureau befindet (Fernruf 1029).

Halle.

Deutscher Werkschutzbund. Morgen, Dienstag, den 28. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark": Generalversammlung. Die Mitglieder aller Gruppen werden ersucht zu erscheinen. Die Verwaltung.

Aus dem Bezirk.

Merseburg. Arbeiterwohlfahrt. Mittwoch, den 29. April, abends 8 Uhr: Nähstunde. Alle Genossinnen möchten pünktlich erscheinen.

Dössnitz u. Umg. Alle Arbeiter-Vereins-Vorstände, Vertrauensmänner und Betriebsratsmitglieder, sowie Obleute in den Betrieben kommen Dienstag, abds. 7 Uhr, bei Mölein (Dössnitz) zusammen zwecks Stellungnahme zur Maifeier.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. 1., 2., 4. Bezirk und Jugend. Am Sonntag Fahrt nach Lettgau. Alle Kameraden die mitfahren, melden sich sofort bei ihren Gruppenführern. Rege Beteiligung ist notwendig.

— 3. Bezirk. Am Sonntag Fahrt nach Cöthen. Meldungen sofort bei den Gruppenführern.

— 5. Bezirk. Alle Kameraden, die am Sonntag mit nach Cöthen fahren, melden sich beim Kameraden Naumann, Dryadenstr. 10.

— Gruppenführer. Donnerstag, abends 8 Uhr: Sitzung beim Kameraden Naumann, Dryadenstr. 10. Alle Mann zur Stelle.

Jugendabteilung. Donnerstag, den 30. April: Außerordentliche Jugendversammlung im Jugendheim, Weingarten 21. Das Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

Uhren, Gold- und Silberwaren Trauringe

1569

kaufen Sie vorteilhaft bei

G. Schraut, Uhrmacher,

Schmeerstr. 4. Halle a. S. Schmeerstr. 4

Beachten Sie meine Fenster

Reparaturen billigst.

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Die Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag, dem 30. April 1925 findet nicht nachmittags 4 Uhr, sondern nachm. 5 Uhr statt. 2986

Halle, den 27. April 1925.

Der Stadtverordnetenvorsteher.
Busse.

Durch Gemeindebeschluß ist der Gemeindezuschlag zur Steuer vom Grundvermögen für das Rechnungsjahr 1925 (1. April 1925 bis 31. März 1926) auf 200 vom Hundert (der staatlichen Steuersätze) festgesetzt worden. Davon ist der 100 vom Hundert übersteigende Teilbetrag, also die Hälfte des Gemeindezuschlags, auf die einzelnen Wohnungsinhaber umzulegen. Da die Steuerausschreiben erst Anfang Mai 1925 zugestellt werden können, ist der Steueranteil für April 1925 gleichzeitig mit dem für den Monat Mai 1925 an die städtische Steuerkasse abzuführen.

Halle, den 28. April 1925. 2985

Der Magistrat.

Eisleben

Das Verzeichnis der Pferde-, Esel-, Rindvieh- und Schafbesitzer, die zur Zahlung der Viehseuchenentschädigungsbeiträge verpflichtet sind, liegt vom 27. April 1925 an 14 Tage lang im Rathause, Zimmer 12, zur Einsicht aus. Innerhalb dieser Zeit können Anträge auf Berichtigung des Verzeichnisses bei uns schriftlich oder mündlich zu Protokoll erhoben werden.

Eisleben, den 24. April 1925.

Der Magistrat.

Stadt-Theater.

Dienstag, 7½ Uhr: bei aufgehobenem Abonnement

Toska

1. Gastspiel der Mailänder Opernstagione

Ende 10 Uhr

Mittwoch, 7½ Uhr: 2. Gastspiel

Barbier v. Sevilla

Ende 10 Uhr.

Donnerstag, 7½ Uhr 3. Gastspiel

Cavalleria rusticana und **Bajazzo**

Ende 10½ Uhr.

Eine gute Uhr

mit Garantie kauft man billig beim Uhrmachermeister

H. Schindler,

Kleine Ulrichstraße 35.

Große Auswahl in Konfirmanden-Uhren, Damen- u. Herrenuhren, Armbanduhren.

Ich bitte meine beiden Schaufenster zu beachten. 2263

Täglich Eingang von Neuheiten in

Frühjahrs-Mänteln

Sehr preiswert!

I Partie Damen-Mustermäntel

12,50 19,50 29,50 39,—. 2223

A. Künzel

Gesellsch. m. b. H.
Halle a. d. S.
Leipziger Str. 69

Sehr preiswert

Sohlled.-Ausschnitt

Fritzsche, Sternstr. 6

Trauringe

mod. Fassons kauft man billigst bei

Amand Weiss,

Kleinschmieden 6.
Reparaturwerkstatt f. Uhren u. Goldwaren

Strickwolle

½ 0,75 Mk.

Geminder

Boranburger Str. 16

Reichsbannerkamerad (Kaufmann)

sucht möbl. Zimmer mbgl. Mitte d. Stadt. Off. unter B. H. 124 an die Exped. d. Bl.

Täglich 10 Mk.

erzielt jeder bei einer 2 stündig. Arbeitszeit in d. eig. Wohnstube. Alter, Beruf gleich. Anzeb. m. Rückporto an C. Münch, Brühl 8. Köln. Am kr. Baum 32

Schürzen Schürzen-Schreiner

am Leipziger Turm

Kleine Inserate

finden hier weiteste Verbreitung!

Maidemonstration Wittenberg!

Der Ortsausschuß des A.D.G.B. und das Afa-Ortskartell Wittenberg haben beschlossen, am 1. Mai durch

Arbeitsruhe

für den Achtstundentag zu demonstrieren. 2982

Die Demonstration nimmt folgenden Verlauf:

Wittenberg. Früh 7 Uhr Treffpunkt auf dem Schweinemarkt. Ausflug nach Reinsdorf.

Klein-Wittenberg und Piesteritz. Früh 7½ Uhr Treffpunkt am „Schützenhaus". Ausflug nach Reinsdorf.

Abmarsch von Reinsdorf 11 Uhr zur

Demonstration durch Wittenberg.

Abendveranstaltungen:

Wittenberg. Von 6 Uhr an in Freudenbergs Ballhaus.

Klein-Wittenberg und Piesteritz. Von 6 Uhr an im „Elbhafen" unter Mitwirkung sämtlicher Sportvereine.

Arbeiter und Angestellte, beteiligt Euch vollzählig an der Maidemonstration, tretet ein für die Erhaltung des Achtstundentages.

Ortsausschuß Wittenberg. Afa-Ortskartell Wittenberg.

Von 30 Mk. Anzahlung an erhalten Sie erstklassige

bei 5 Mark wöchentlicher Raten-Zahlung sofort geliefert

2981

Fahrräder

Nur Gr. Ulrichstraße Nr. 25

Radler merke Dir genau diese Firma

H. F. V.

Nur Gr. Ulrichstraße Nr. 25

Illustrierte Reichsbanner-Zeitung

Preis 20 Pfg., f. R.-B.-Mitglied. 15 Pfg.

Volksblatt-Buchhandlg.

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- und Viehhofe

Bezahlt wurden am Montag, dem 27. April 1925:

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht in Goldmark:		
	1. höchster Preis	niedrigster Preis	häufigster Preis	Getriebefleisch
Ochsen	84	40	80	
Bullen	82	65	78	
Kühe	84	45	76	
Jungrinder	70	65	65	
Mastkälber	—	—	—	
Saugkälber	90	70	85	
Lämmer und Hammel	85	80	82	
Schafe	75	50	72	
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	78	70	76	

Hinaus mit den andern — Die Zeitschrift der Frau ist die

„Frauenwelt"

„Frauenwelt" eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 80 Pfg. Zu bestellen bei allen Zeitungsausträgern.

Für jeden Kraftfahrer unentbehrlich:

Volckmanns Kraftfahrer-Bibliothek

Bd. 1. Der Automobilmotor u. seine Bestandteile v. Ing. C. W. Vogelsang, 3. Aufl. Kart. .. M. 3.—
„ 2. Der Kraftwagen, seine Bedienung und Pflege v. Dipl.-Ing. Hessler, 2. Aufl. „ .. M. 3.—
„ 3. Das Motorrad, sein Bau u. seine Behandlung v. Ing. C. W. Vogelsang, 5. Aufl. Leinenbd. M. 3.50
„ 4. Die Kraftfahrschule in Frage und Antwort von Dipl.-Ing. Hessler, 3. Aufl. Kart. .. M. 3.—
„ 5. Autohandbuch: Bau, Handhabung u. Reparaturen v. Ing. R. Thebis, 2. Aufl. „ .. M. 8.—
„ 8. Leicht-Motorräder von Ingenieur C. W. Vogelsang ..... Kart. .. M. 3.—
„ 9. Der Motorradfahrer von Ingenieur R. Thebis ..... „ .. M. 3.—
„ 10. Das Klein-Auto für den Selbstfahrer von Ingenieur R. Hofmann .... Leinenbd. M. 3.50
„ 11. Lastkraftwagen und Nutzfahrzeuge von Ingenieur R. Hofmann .... „ M. 5.—
„ 12. Reparaturen am Motorrad von Ing. R. Thebis ..... „ M. 8.50

Sämtliche Bände sind reich illustriert

Zu beziehen durch die

Volksblatt-Buchhandlung

Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27.

„Lachen links"

Das Witzblatt der Republik!

Preis 25 Pfennig :: :: Zu beziehen durch

Volksblatt-Buchhandlung, Gr. Ulrichstr. 27.

Aus Dr. Unblutigs Praxis.

Aufheben! **11.** Fortsetzung folgt

Wenn ich Lehrer wäre, wie Sie, verehrter Herr, so würde ich dem jungen Nachwuchse mindestens einmal wöchentlich die Wichtigkeit planmäßiger Fußpflege klarmachen. „Kukirolen" nennt das die heutige Wissenschaft. Ich würde die Kinder Aufsätze über das wichtige Thema schreiben lassen:

Kukirolen bedeutet richtige Fußpflege.

Die Wichtigkeit der Zahnpflege bei Kindern hat man erkannt und es finden in den Schulen regelmäßig Zahnuntersuchungen statt. Die Fußpflege ist aber noch viel wichtiger, denn mit künstlichen Zähnen kann man sich schließlich leichter abfinden als mit künstlichen Füßen. Versuchen Sie es bitte einmal an sich selbst. Kaufen Sie sich in der nächsten Apotheke oder Drogerie für 2 Mark eine vollständige Kukirolkur. Zunächst nehmen Sie ein Kukirol-Fußbad. Sie müssen in Ihrem Berufe so viel stehen und umhergehen, daß Ihnen diese Wohltat aufrichtig zu gönnen ist. Sie werden denn nicht mehr über Schmerzen und Brennen der Füße zu klagen haben, aber auch nicht über Fußschweiß und kalte Füße. Das Gehen und Stehen wird Sie viel weniger anstrengen, denn das Kukirol-Fußbad kräftigt die Sehnen, die Gelenke und die Nerven. Nach dem Fußbade und ferner jeden Morgen pudern Sie die Füße mit Kukirol-Streupuder ein. Sie werden sich danach viel frischer und elastischer fühlen, denn Schmerzen und Müdigkeit in den Füßen verursachen allgemeine Mattigkeit und Unbehagen im ganzen Körper. Das werden Sie besonders empfinden, wenn Sie Hühneraugen haben. Diese beseitigen Sie in wenigen Tagen ohne Schneiden, also unblutig und gefahrlos mit dem vielmillionenfach bewährten Kukirol-Hühneraugen-Pflaster. Benutzen Sie aber niemals unbekannte Präparate, sondern achten Sie auf den Namen „Kukirol" und auf die bekannte Schutzmarke „Hahnenkopf mit Fuß". Sie bewahren sich dadurch vor Schaden und vor Enttäuschungen. Es wird Sie auch interessieren, daß die Kukirol-Fabrik die größte der Welt auf diesem Spezialgebiete ist.

Sogar eine Kukirol-Straße gibt es schon in der schönen Badestadt Groß-Salze-Elmen und ein neues Postamt wird dort auch gebaut. Das beweist, daß „Millionen kukirolen", und was Millionen für richtig befinden, das wird auch Sie zufriedenstellen! Versuchen Sie es einmal mit einer Kukirolkur für 2 Mark.

Verlangen Sie noch heute unser neues, wichtiges Büchlein, betitelt „Kukirolen Sie". Dieses gibt Ihnen wichtige Aufklärungen über die Wichtigkeit der Fußpflege und enthält u. a. auch einige Photographien unserer Fabrik.

Kukirol-Fabrik, Groß-Salze (Bad Elmen).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250428-10/fragment/page=0004

Schuldebatte im Stadthaus.

„Kommunisten" gegen Schulgeldfreiheit. / Freie Bahn nur den Sprößlingen des Besitzes.

„Man muß in der Politik mit beiden Füßen auf der Erde bleiben und darf sich nicht im luftleeren Raum bewegen!"

Wer diese durchaus zutreffenden Worte gesprochen hat? Unsere Leser werden meinen, daß so etwas Selbstverständliches doch nur dem Munde eines vernünftig, klar und nüchtern denkenden, sich seiner Verantwortung voll bewußten Politikers entstammen können. Sie werden aber jedenfalls aufs höchste erstaunt sein, wenn wir ihnen zur Kenntnis bringen, daß kein Geringerer als der derzeitige Führer der hallischen Hindenburg-Helfer, der Kapedist Otto Kilian es war, der in der gestrigen Sitzung unseres Stadtparlaments den oben wörtlich wiedergegebenen Ausspruch getan hat. Welch' eine Wendung! Durch Hindenburgs Fügung? Man denke: der Führer einer Parlamentsgruppe, deren ganzes Tun und Treiben sich bisher im luftleeren Raum abspielte, die jeden Andersdenkenden, der auch nur den Versuch machte, praktische Gegenwartsarbeit zu leisten, des schnödesten Verrats am Proletariat bezichtigte, — kurzum: ein Mensch, der andauernd in einem wüsten Phrasenmeer plätschert, betont, daß man in der Politik mit beiden Füßen auf der Erde bleiben müsse.

Kaum gesagt, befand sich das „politische Chamäleon" — falls wir das nicht richtig geschrieben haben sollten, bitten wir den Zwillingsbruder Kilians gütigst, zu entschuldigen — aber schon wieder im luftleeren Raum und bezichtigte die SPD. des Verrats an sozialistischen Grundsätzen, weil sie entsprechend einer alten, dermaleinst auch von Kilian als richtig anerkannten Forderung sich prinzipiell für völlige Schulgeldfreiheit einsetzte. „Ihr Judasse!" — meinte Kilian und beeilte sich, die widerstrebenden Elemente der unter seiner Fuchtel stehenden Fraktionsmitglieder, die sichtlich empört darüber waren, daß sie keine eigene Meinung haben dürften, zu bewegen, das Schulgeld auch für die Mittelschulen zu erhöhen.

Sollte in der kommunistischen Fraktion wirklich niemand daran gedacht haben, daß zahlreiche Proletarier, sicherlich auch Anhänger der „linken" Hindenburg-Partei, ihre Kinder nach der Mittelschule schicken? Was werden diese Kreise dazu sagen, daß ihre Funktionäre die Hand dazu geboten haben, den Arbeiterkindern den Weg zu einer besseren Schulbildung noch mehr zu versperren? „Wir haben die sozialistischen Grundsätze im Kopfe, und nicht Ihr Judasse," rief Kilian zornentbrannt, als ihm Genosse Petersdorff das Verwerfliche seines Kampfes gegen die Bildungsmöglichkeiten vor Augen hielt. Grundsätze? Und im Kopfe? Nein, schwarzweißrotes Stroh steckt darin! So schallte es von den sozialdemokratischen Bänken hinüber zu den

Hindenburg-Knechten.

*

Zu Beginn der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung oblag dem deutschnationalen Vorsteher Busse die unangenehme Aufgabe, dem Kollegium von der Antwort auf die Beschwerde der bürgerlichen Mehrheit aus Anlaß der Stellungnahme des Innenministers zu der Frage der Wahl der Deputationen und Ausschüsse Kenntnis zu geben. Es handelt sich hier dabei bekanntlich um den Versuch der Rechten, die Deputationen und Ausschüsse willkürlich und unter offensichtlicher Benachteiligung der äußersten Linken zusammenzusetzen. Das Staatsministerium ließ die Rechtsgelehrten durch den Regierungspräsidenten wissen, daß die genannten Wahlen nicht nur auf Grund der Bestimmungen der Geschäftsordnung vorgenommen werden dürften, sondern daß dabei vor allem auch die Städteordnung maßgebend ist. Der famose Rechts- und Verfassungsausschuß, auf dessen Konto diese Ordnungsblock-Blamage kommt, soll sich den Kopf darüber zerbrechen, was nunmehr zu veranlassen ist.

Nach debatteloser Verabschiedung zweier Magistratsvorlagen über Landerwerb am Saalberg und Bestellung eines Erbbaurechtes entwickelte sich eine längere Aussprache über die

Erhöhung des Schulgeldes

an den höheren und Mittelschulen. Nach dem Vorschlag des Magistrats, dem auch der Haushaltsausschuß beigetreten ist, soll das Schulgeld an den städtischen höheren und Mittelschulen mit Wirkung vom 1. April betragen: 18 Mk. für einen Schüler der höheren, 10 Mk. für die Mittelschulen, 13,50 bzw. 7,50 Mk. für das zweite und 9 bzw. 5 Mk. für das dritte Kind. Für das vierte und jedes weitere die genannten städtischen Schulanstalten besuchende Kind wird kein Schulgeld erhoben. Auswärtige Schüler sollen einen Zuschlag von 25 Prozent bezahlen.

Die „Kommunisten" hatten sich bereits in der letzten Sitzung dafür ausgesprochen, daß sie der Erhöhung des Schulgeldes in der vom Magistrat geforderten Höhe zustimmen. Daneben haben sie einen Antrag eingereicht, der die Staffelung des Schulgeldes nach sozialen Gesichtspunkten vorsieht.

Unser Genosse Wilke erklärte, das Schulgeld sei das Signalement der Standeschulen. Schon aus diesem Grunde könne die sozialdemokratische Fraktion nicht für seine Beibehaltung und erst recht nicht für die Erhöhung stimmen. Es komme noch hinzu, daß das Schulgeld sich als Kopfsteuer auswirke. Aus diesem Grunde würde die Fraktion den Magistratsantrag ablehnen. — Stadtv. Hoß gab die gleiche Erklärung ab für einen Teil seiner Fraktion, die bekanntlich fünf Mann stark ein bloßes Anhängsel des „Vaterländischen Ordnungsblocks" bildet. — Stadtv. Kilian (KPD.) meinte, die Schulgeldfreiheit, wie sie von der SPD. verlangt würde, sei eine ganz ausgezeichnete, eine herzliche Forderung, aber erst im klassenlosen Staat durchführbar. Zur Begründung dieser seiner opportunistischen Auffassung meinte er, man müsse in der Politik mit beiden Füßen auf der Erde bleiben und dürfe sich nicht im luftleeren Raum bewegen. Im weiteren Verlauf seiner sich durch und durch in opportunistischen Gedankengängen bewegenden Rede versuchte er sich in altbekannter Weise an der Sozialdemokratischen Partei zu kratzen, ein Versuch, der ihm übel bekommen sein dürfte. — Stadtschulrat Truschel ersuchte um Zustimmung zu der Magistratsvorlage, da der ausfallende Betrag sonst in allgemeinen Steuern aufgebracht werden müßte. Zu dem Staffelungsantrag der KPD. bemerkte Genosse Wilke, daß es augenblicklich nicht möglich sei, ihn in dieser Form durchzuführen, weil die Einkommengrenze nur bei den Gehaltsempfängern feststünde. Die Staffelung müßte so durchgeführt werden, daß auch wirklich diejenigen, zu deren Gunsten sie geschaffen werden soll, einen Vorteil davon haben.

Genosse Petersdorff wandte sich insbesondere gegen Herrn Kilian und hielt ihm den im Munde eines „Kommunisten" seines Schlages sich wunderbar machenden Satz von dem luftleeren Raum vor. Er empfahl ihm, von nun an ständig nach diesen goldenen Worten zu handeln und dafür zu sorgen, daß das hiesige kommunistische Blatt sie stets an hervorragender Stelle abdruckt, dann würde der „Klassenkampf" sich nicht alltäglich selbst ins Gesicht schlagen und zu der Erkenntnis kommen, daß die SPD. nicht mehr als Verräter beschimpft werden dürfte. Mit viel größerem Recht könnte gerade den „Kommunisten" wegen ihrer dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg geleisteten Knechtsdienste der Vorwurf der Verräterei gemacht werden. (Zuruf des Abg. Kutzschbach: „Bei uns hattet so etwas nicht!")

Nachdem noch eine ganze Reihe von Rednern sich zu der Frage geäußert hatten, wurde der Antrag auf Staffelung abgelehnt, dafür aber nahezu einstimmig beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, festzustellen, wie hoch der normale Schulgeldsatz im Falle der Annahme des Antrages sein müßte. Mit den Stimmen der Kommunisten und des Vaterländischen Ordnungsblockes wurde sodann die Schulgelderhöhung beschlossen.

Nachdem das Kollegium sich eine Zeitlang mit der Erörterung der üblichen kommunistischen Agitationsanträge beschäftigt hatte, begann um ½8 Uhr endlich die

Etatsberatung.

Aus verwaltungstechnischen Gründen wurde beschlossen, zunächst das Kapitel LIII: Gemeindesteuern vorweg zu nehmen. Nach kurzen Bemerkungen wurde der Zuschlag zur staatlichen Grundvermögensteuer gegen die Stimmen unserer Fraktion und der der Kommunisten auf 200 Prozent festgesetzt. — Beim Kapitel Polizeiverwaltung wiederholte Kilian die Rede, die er bereits anläßlich der Debatte über die „Volkspark"-Vorgänge gehalten hat. Ueberflüssig zu sagen, daß sich dieser Hindenburg-Knecht auch hier wieder in echt Moskauer Manier an den in der Verwaltung tätigen Genossen zu reiben versuchte. Die Deutschnationalen, deren neuester Grundsatz bekanntlich ist, vor den gemeinsten Mitteln nicht zurückzuschrecken, wenn es sich darum handelt, einem politischen Gegner zu schaden, sind vor Neid über das schamlose Geschimpfe dieses ihres Helfershelfers blaß geworden. — Stadtrat Genosse Dölz: Die von dem Vorredner bemängelten Ausgaben für die staatliche Polizeiverwaltung sowie die Festsetzung der Verwaltungsgebühren beruhen auf gesetzlichen Bestimmungen.

Genosse Petersdorff bemerkte unter allseitiger Zustimmung, die Stadtstube solle eine Stätte der Arbeit, aber nicht ein Tummelplatz politischer Leidenschaften, zu der sie die „Kommunisten" dauernd machten, sein. Auch die Sozialdemokratie sei nicht mit allem, was bei der Polizei vorgehe, einverstanden, namentlich nicht mit der Haltung der höheren Polizeioffiziere. Aber dennoch würde die Fraktion den Etat bewilligen. Die Ausführungen Kilians seien nichts anderes als törichtes und grundloses Gerede, wenn man an die von der KPD. unterhaltene berüchtigte Tscheka und daran denkt, daß man auch in Rußland, dem von den Kommunisten immer so gepriesenen Sowjetparadies, nicht ohne Polizei auskommen könne.

Der Etat wurde dann gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Ebenso das Kapitel DI: Arbeiterlöhne und DII: Abschlüsse der werbenden Betriebe.

Heute nachmittag 4 Uhr soll in der Beratung des Haushaltsplanes fortgefahren werden.

*

* **200 Prozent Gemeindezuschlag zur Grundvermögenssteuer.** Im amtlichen Teil unserer heutigen Nummer veröffentlicht der Magistrat eine Bekanntmachung über die Grundvermögenssteuer, auf die wir besonders aufmerksam machen.

* **Die Fleischpreise in Halle.** Für den Kleinhandel mit frischem Schweinefleisch und Wurstwaren aus reinem Schweinegut sind mit der Fleischer-Innung bis auf weiteres folgende Preise vereinbart: Keule 1,20—1,30, Koteletten 1,20—1,30, Bauch 0,90—1,00, Schinken (im Aufschnitt) 1,60—2,40, Speck, ger. 1,00—1,20, Schweineschmalz 1,00—1,20, Blut- und Leberwurst 1,00—1,10, Knack- und Mettwurst 1,30—1,40, Zervelatwurst 1,60—2,40. Auf dem Wochenmarkte wurden die nachstehenden Preise bezahlt: Rindfleisch: Brust- und Bauchfleisch 0,80—1,00, Keule 1,00—1,10; Kalbfleisch: Schnitzel 1,80—2,20, Keule 1,20—1,50; Hammelfleisch: Koteletten 1,00—1,20, Kochfleisch 0,90 bis 1,00.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250428-10/fragment/page=0005

Aufruf zum Arbeiter-Weltfeiertag.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Es gilt, den Weltfeiertag des Proletariats festlich zu begehen. Trefft die Vorbereitungen zur Feier! Die würdigste Kundgebung ist die Arbeitsruhe. Der Feiertag der Arbeit muß zur Heerschau der halischen Arbeitnehmer werden. Darum fordern wir Euch auf,

am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen

und geschlossen an der vormittags 9 Uhr im „Volkspark" stattfindenden Kundgebung mit anschließender Demonstration teilzunehmen.

Wir demonstrieren

für den Achtstundentag,
für den Völkerfrieden,
für den Ausbau der Sozialpolitik,
für eine gerechte Verteilung der Lasten,
für den Ausbau und die Erhaltung der Republik,
gegen die Ausbeutung durch das Kapital,
gegen die Herrschaft einer kleinen Kaste von Menschen,
gegen den Justizterror,
für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!

Arbeiter, Angestellte und Beamte, schließt die Reihen, laßt am 1. Mai die Arbeit ruhen, beteiligt Euch geschlossen an der Kundgebung und der Demonstration.

Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Halle.
Allgemeiner Freier Angestelltenbund, Ortskartell Halle.
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Ortsausschuß Halle.

*

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Halle.

Auf zur Maifeier!

Die Maifeier unseres Ortsvereins findet in diesem Jahre in der „Bergschenke" zu Kröllwitz

statt. Bereits am Nachmittag um 4 Uhr beginnt das Gartenkonzert. Allerlei Belustigungen für unsere Kinder sind als Abwechselung vorgesehen. Der Abend bringt dann einige Stunden des Genusses für die Erwachsenen: Konzert, Solo- und Massengesang sowie die Maifestrede werden dazu beitragen, den Gedanken des

Weltfeiertags des Proletariats

mehr und mehr zu festigen.

Parteigenossinnen, Parteigenossen! Wir erwarten, daß Ihr alle an dieser Feier teilnehmt. Jetzt der Reaktion und ihren Knechten, daß unser Kampfeswille nicht gebrochen, sondern im Gegenteil neu gestärkt ist. Die Maifeier muß ein wuchtiger

Protest gegen die Frechheit der Reaktion

werden. Darum: Auf zur Maifeier! Eintrittskarten sind bei allen Funktionären und an der Kasse zu haben.

Der Vorstand.

*

Die Gegner der Maifeier.

Die Reaktion fühlt sich wieder fest im Sattel, und so glaubt man auch der Maifeier wieder den Garaus machen zu können. Die Allgemeine Arbeitgebervereinigung für Halle und Vororte, deren Geschäftsführer der bekannte Scharfmacher Dr. Düring ist, hat kürzlich an alle Mitgliedsfirmen ein Rundschreiben herausgegeben, das Richtlinien für die Behandlung der Maifeierfrage enthält. Danach sollen Anträge auf Betriebsruhe grundsätzlich abgelehnt werden. Also nicht etwa aus Betriebsrücksichten, sondern grundsätzlich sollen sich die Unternehmer auf einen ablehnenden Standpunkt stellen. Kann das Herrenmenschentum besser gekennzeichnet werden, das dem Arbeiter nicht erlauben will, auch einmal einen eigenen Wunsch zu haben!?

Die Richtlinien drohen ferner fristlose Entlassung wegen Verstoß gegen § 23 der Gewerbeordnung an, wenn die Arbeiter sich trotzdem erlauben, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Die Arbeitgebervereinigung sollte diesen Rechtsignoranten, der nicht weiß, daß die maßgebenden Gerichte die Teilnahme an der Maifeier nicht als unbefugtes „Verlassen der Arbeit" im Sinne des § 23 der Gewerbeordnung betrachten, zum Teufel jagen. Denn nur um scharf zu machen, brauchen sie keinen juristischen Syndikus.

Bezeichnend ist in den Richtlinien des Dr. Düring aber folgender Satz: „Unabweit die Durchführung einer derartigen Maßnahme (fristlose Entlassung! Red.) zu empfehlen ist, ist nur auf Grund der bestehenden Verhältnisse von Fall zu Fall zu prüfen." Also da, wo die Arbeiter ohnmächtig sind, um sich gegen die Willkür der Unternehmer zur Wehr zu setzen, soll vorgegangen werden. Wo die gewerkschaftlichen Organisationen intakt geblieben sind und die Arbeiterschaft ihren gewerkschaftlichen Geist erhalten hat, werden die Unternehmer nicht wagen, Maßregelungen wegen der Maifeier vorzunehmen. Arbeiter, merkt Ihr, wie die Gewerkschaften von Unternehmern und ihren Trabanten bewertet werden! Hättet Ihr Eure Organisationen überall aufrecht erhalten und nicht durch politische Ignoranten zertrümmern lassen, dann wäret Ihr überall frei in Euren Entschlüssen und brauchtet nicht den Haß des Unternehmertums zu fürchten.

Zu den Verbrechern an der Arbeiterbewegung, die die gewerkschaftlichen Organisationen zerschlagen haben, gesellt sich noch eine andere Gesellschaft, die nicht minder die Verachtung der aufgeklärten Arbeiter verdient. Der sogenannte „Vaterländische Arbeiterverein" in Halle nimmt ebenfalls gegen die Maifeier Stellung und erweist sich so als der getreue Fridolin des rückständigsten Unternehmertums. Er behauptet, daß „der größte Teil der deutschen Arbeiterschaft gar nicht gewillt sei, am 1. Mai zu feiern". Woher diese Spottgeburt ihre Weisheit nimmt, weiß man nicht. Der Knirps dünkt sich wichtig, weil ihn die Gnadensonne der Ausbeuter bescheint. Er mag seine schwindsüchtige Brust vor Ueberanstrengung hüten! Was er da krächzt, wird von der Arbeiterschaft nur verlacht werden. Der freie Arbeiter wird am 1. Mai weder reaktionäre Unternehmerwillkür fürchten, noch feile Sklavenseelen beachten. Er wird seinen Feiertag begehen!

Nach der Wahlschlacht.

„Wer ist am meisten geprellt?"

Die kommunistischen Arbeiter und vor allem ihre Frauen haben sich von der Reaktion die Wahlparole Hindenburg vorschreiben lassen und befolgt. Jetzt dämmert es bei den Geprellten, und wer die Gesichter dieser biederen Kommunisten am Montag sehen konnte, als man sie mit dem Resultat „Hindenburg" überraschte, der hätte laut lachen mögen über deren Ausdruck. Ein Teil von ihnen merkte noch rechtzeitig die Falle, in der die korrumpierte und gewissenlose Parteileitung sie gelockt hatte. Hier und in der Provinz fand sich eine große Anzahl, denen die Erhaltung der Republik höher stand als die törichte Parteiparole der KPD. Bislang fielen Kommunisten gemeinsam mit den Stahlhelm über die Republikaner her. Jetzt endlich aber merken auch die Kommunisten, woher der Wind in Wahrheit weht. Denn die Reaktionäre schlagen nach Erreichung ihres Zieles wahllos drein. Dann ist es vorbei mit den ungeschriebenen Bündnissen zwischen Reaktion und KPD. Wird es das letztemal sein, daß die KPD. ihre Wähler prellen konnte? Soll der kommunistische Arbeiter auch ferner noch gegen seine Klassengenossen ins Treffen geführt werden? In Kreisen der Kommunisten wird die Thälmann-Parole offen als vollendeter Wahnsinn gegeißelt und der Versuch des „Klassenkampf", die Wahl Hindenburgs als das Resultat des SPD.-Verrats an der Klassenfront" umzuschwindeln, offen als Unverschämtheit und Spekulation auf die Dummheit bezeichnet.

Gesundheitsfürsorge im Saalkreis.

Rückgang der Säuglingssterblichkeit.

Vor uns liegt der Jahresbericht des Gesundheitsamtes vom Saalkreise. Umfangreiche Arbeit ist hier in den letzten Jahren trotz großer Schwierigkeiten geleistet worden. Keine finanziellen Nöte, keine sonstigen Widerstände konnten den Aufbau und die Weiterentwicklung der Gesundheitsfürsorge hemmen, wie in anderen ländlichen Kreisen. In emsiger Arbeit sind hier neben ärztlicher und fürsorgerischer Betreuung der Bevölkerung grundlegende organisatorische Einrichtungen geschaffen worden, welche der Erziehung und gesundheitlichen Beaufsichtigung aller fürsorgebedürftigen Kinder von der Geburt an bis zum Austritt aus der Schule dienen.

Ein erfreuliches Zeichen für die Wirkung gesundheitsfürsorgerischer Arbeit ist u. a. die Tatsache, daß die Säuglingssterblichkeit von 11,18 Prozent der Vorjahre auf 7,51 Prozent im letzten Jahre zurückgegangen ist. Der körperliche Zustand der Kleinkinder (Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren) und der Schulkinder weist zwar etwas günstigere Resultate auf als in den letzten Jahren; jedoch ist die Wirkung der Hungerjahre immer noch von erheblichem Umfange festzustellen an den Zeichen von Unterernährung, Blutarmut, Drüsenschwellungen (Skrofulose), Knochenverbiegungen (insbesondere der Wirbelsäule). Die Unterernährung beträgt bei den jüngsten Schuljahrgängen etwa 10 bis 20 Prozent der vorhandenen Kinder, in den älteren Klassen ist sie geringer (3 bis 9 Prozent).

Die schlimmste Volkskrankheit, die Tuberkulose, pflegt im Schulkindsalter nur selten aufzutreten, sondern bereitet sich zunächst im kindlichen Körper, der irgendwann einmal Gelegenheit für eine tuberkulöse Ansteckung hatte, vor und kommt erst dann zum eigentlichen Krankheitsausbruch, wenn das letzte Wachstum der Lunge beginnt, d. h. erst nach dem 14. Lebensjahre. Vollzieht sich dieses Lungenwachstum in einem geschwächten, unterernährten Körper, so kann die Lunge den in früheren Jahren in sie eingedrungenen und jetzt mobil werdenden Tuberkelbazillen keinen Widerstand bieten und wird tuberkulös, während ein kräftiger Körper die Bazillen vernichtet. Daher muß die Grundlage für eine wirksame Verhütung der Lungentuberkulose durch Stärkung und Ertüchtigung des kindlichen Körpers vor den Jahren des Lungenwachstums (d. h. im Kleinkinds- und im Schulalter) geschaffen werden, und eine richtig betriebene Gesundheitsfürsorge muß bestrebt sein, möglichst alle schwächlichen Kinder zu stärken, sie widerstandsfähig zu machen für die Zeit des Lungenwachstums. Hierbei sind in erster Reihe die aus tuberkulösen Familien stammenden als am meisten der Gefahr einer Ansteckung ausgesetzten Kinder zu berücksichtigen; weiterhin aber alle schwächlichen Kinder schlechthin, denn auch diese können, ohne daß Krankheitserscheinungen auftreten, Tuberkelbazillen im Körper haben, welche ihnen später gefährlich werden.

Die Kräftigung derartiger Kinder geschieht durch Erholungskuren aller Art: Sol- und Seebäder, Kuren mit künstlicher Höhensonne, Aufenthalt im Gebirge, in Walderholungsstätten, sportlicher Betätigung, durch Zulagen von Nahrungs- und Stärkungsmitteln u. dergl. mehr. Vom Saalkreise aus wurden auf Veranlassung des Gesundheitsamtes im vergangenen Jahre 118 Kinder in Sol- und Seebädern und im Gebirge sechs Wochen lang untergebracht und kehrten recht gut erholt zurück; in zehn anderen Fällen erfolgte Bestrahlung mit künstlicher Höhensonne. Leider mußten weitere auch sehr notwendige Unterbringungen an der Knappheit von Geldmitteln scheitern, und die aus dem vergangenen Jahre ins neue übernommene Zahl von Vormerkungen erholungsbedürftiger Kinder beträgt jetzt schon mehrere Hundert. — Um einen kleinen Ausfall für fortgefallene Erholungskuren zu schaffen, wurden Schulspeisungen im Kreise veranstaltet: 637 Kinder erhielten 10 Wochen lang täglich ¼ Liter Milch mit einem Brötchen. Außerdem gelangte an 112 Kinder zur Verteilung insgesamt 1568 Liter Milch, 41 Dosen Malzextrakt, 10 Pfund Haferflocken, 15 Pfund Reis, 22 Pfund Kakao, 7 Pfund Rudeln, 5 Pfund Grieß. Auch bedürftige Kleinkinder und Säuglinge erhielten gleiche Arten von Nahrungszulagen.

Die Tuberkulose der Erwachsenen wurde bekämpft durch ärztliche Betreuung und durch Hausbesuche seitens der Schwestern. Fast alle Tuberkulosekranke erhielten — soweit Mittel zur Verfügung standen — Zulagen von Nahrungsmitteln. In einzelnen Fällen erfolgte Unterbringung Nichtversicherter in Heilstätten, Gewährung von Zuschüssen für Spezialbehandlung. Anträge auf Beschaffung anderer, gesünderer Wohnungen wurden vom Gesundheitsamt in 26 Fällen gestellt, konnten jedoch infolge der allgemeinen Wohnungsnot nur in 8 Fällen berücksichtigt werden.

*

Der uns eingesandte Bericht konnte hier nur in großen Zügen wiedergegeben werden; unmöglich ist es, die Unsumme von Arbeit in allen Einzelheiten zu schildern. Es erfüllt uns mit Stolz, daß es eine Genossin ist — die Kreiskommunalärztin —, welche fast den gesamten Aufbau der Gesundheitsfürsorge im Saalkreise (abgesehen von kleinen Anfängen) im Laufe von drei Jahren zuwege gebracht hat. Wir wünschen ihr ein weiteres erfolgreiches Wirken im Kreise. Der Aerztin stehen als Mitarbeiterinnen fünf in der Gesundheitsfürsorge ausgebildete Fürsorgeschwestern zur Seite, welche unter ärztlicher Anleitung die häusliche Fürsorge in den Familien betreiben. Wie wir aus gemeinsamen Besprechungen anläßlich der Zusammenkünfte der Arbeiterwohlfahrt wissen, reicht diese Zahl von amtlich angestellten Fürsorgerinnen bei der stetig wachsenden Arbeit des Gesundheitsamtes nicht aus, obgleich die Stellen im Laufe der letzten Jahre von drei auf fünf vermehrt worden sind. Da vorläufig keine Mittel zur Errichtung weiterer Stellen zur Verfügung stehen, so sind freiwillige Helferinnen sehr willkommen. Darum, Genossinnen des Saalkreises, meldet Euch beim Gesundheitsamt des Saalkreises zur freiwilligen Mitarbeit in der Wohlfahrtspflege. Die Zusammenarbeit zwischen amtlicher und freier Wohlfahrtspflege ist so beabsichtigt, daß die einzelnen amtlichen Bezirksfürsorgerinnen sich mit den auf dem Gesundheitsamt gemeldeten freiwilligen Helferinnen ihres Bezirks in Verbindung setzen und ihnen Anleitung für die Wohlfahrtspflege erteilen. Auch sollen gelegentlich gemeinsame Besprechungen allgemeinen Interessen zwischen der Aerztin und den amtlichen sowie freiwilligen Fürsorgerinnen auf dem Gesundheitsamte stattfinden.

Meldet Euch zahlreich, Genossinnen, denn je mehr sich regen beim Werke der Wohlfahrt am Volke, desto eher wird das heißersehnte Ziel — die Gesundung des Volkes — erreicht werden. Und gerade die Frau ist es, welche infolge ihrer Veranlagung jenes Höchstmaß von sozialem Empfinden und Wärme des Gefühls besitzt, das sie unter der Voraussetzung von gründlicher Fachausbildung, erfahrenem Wissen, organisatorischer Begabung geradezu berufen macht für eine erfolgreiche Fürsorgearbeit.

Heimkrieger auf dem Schornstein.

Den Homo sapiens academicus lüstet es bekanntlich nach Abenteuern, je grausiger um so lieber. Die jungen Leutchen sind jetzt wieder im Besitz angemessener Monatswechsel, die ihnen die Martierung flammender Begeisterung und unbeschränkten Alkoholkonsum gestatten. Wie die „Hallischen Nachrichten" mitteilen, ist eine Anzahl dieser Heimkrieger in der Walpurgisnacht auf den Schornstein des Stadttheaters geklettert, um ihn durch eine schwarzweißrote Fahne nach weiter zu verunzieren. Die Beamten des Ueberfallkommandos waren jedoch gewandter und griffen in der Höhe gewandt nach den Kletterern, die man zur Wache brachte. Die „Nachrichten" vermuten, daß man die Heimkrieger mit Geldstrafen belegen werde. Uns scheint das ein grundlegender Irrtum, denn welcher Richter würde solchen Heldensinn durch Strafen zu rügen wagen? Ja, wenn es Proleten gewesen wären, die die Fahne der Freiheit zu hissen versucht hätten, auf die würde die Faust der Justiz niederschmettern.

Der fromme Wunsch.

In den offiziellen Siegesfeiern überbot die Führerschaft sich in eisenfresserischen Großsprechereien. Nun ist das Führerformat der Rechten bewiesen hier in Halle so übertrieben bescheiden, daß für den bescheiden Neuaufbau man aus Halle und dem näheren Mitteldeutschland kaum Kräfte zu diesem schönen Zweck freimachen kann. Die paar abgetakelten Militärs mögen zwar laut und deutlich schwätzen können, darüber hinaus aber hat das eitle Aufgeblüttun nichts zu sagen. Immerhin haben die Herren doch einige ihrer Herzenswünsche verraten, indem in der „Siegesfeier" am Sonntag sie mit dröhnender Stimme erklärten, daß sie nunmehr „reine Bahn" schaffen würden. Selbstverständlich müßten jetzt die „Roten Frontkämpfer", vor allem aber das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" verboten werden, denn in der neuen Aera sei dafür kein Raum mehr. — Das Reichsbanner wird sich durch solch tobendes Geschrei nicht im geringsten beheiligen lassen!

Von Wahlen und Schulmonarchen.

Hindenburg ist auf den Krücken deutscher „Kommunisten" in den Reichspräsidentensuhl gewankt. Das hat in manchem Hirn reaktionäre Tollwutanfälle ausgelöst. Ein Lehrer einer hiesigen Mädchenschule ging sogar so weit, daß er am Montag nach gründlicher schwarzweißroter Instruktion mit den Kleinen eine Wahlexerzitium veranstaltete, bei dem es ihn mit urteutonischem Kampfesmut erfüllte, als es ihm gelang, die kleinen Mädchen gleich im ersten „Wahlgange" zur überwiegenden Abgabe von Hindenburgzetteln zu beschwatzen. Der würdige Mann könnte entschieden Besseres tun, als durch solche Mätzchen seine und der Kinder kostbare Zeit zu vergeuden. Besonders übel (wie nicht anders zu erwarten war!!) gebärdet sich ein Teil der praeceptores auf den höheren Schulen. Manch einer lief am Montage über vor quellender Begeisterung, daß in das „Barmat-System" wieder einmal eine Bresche geschlagen sei. Ganz offen wurde reaktionäre Politik getrieben und man braucht sich nicht zu wundern, wenn unreife Sekundanerhirne unter solcher Aegide in der Mißhandlung andersgesinnter Mitschüler eine „vaterländische" Heldentat erblicken und triumphierend verkündeten, jetzt sei es mit „Mostrich" und „Rot Front" endgültig vorbei.

Erhöhung der Personentarife um 10 Prozent.

Die Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit, daß „infolge der seit Beginn des Geschäftsjahres gestiegenen Personalausgaben die Reichsbahn gezwungen" sei, ab 1. Mai eine Erhöhung der Personentarife um rund 10 v. H. vorzunehmen. Es sei ein Mehrbedarf für das am 31. Dezember 1925 endigende Geschäftsjahr von 80 Millionen zu decken, der nicht durch sonstige Maßnahmen getilgt werden könne. Um die Kosten der Lebenshaltung, die insbesondere durch eine Erhöhung der Gütertarife gesteigert werden würden, möglichst zu schonen, hat sich die Reichsbahn-Gesellschaft zu einer Erhöhung der Personentarife entschieden. Die Fahrkarten behalten weiterhin die übliche Geltungsdauer, im allgemeinen vier Tage. Die bis zum 30. April gelösten Arbeiterwochenkarten, Kurzarbeiterwochenkarten, Teilmonatskarten, Arbeiterrückfahrkarten gelten bis zum Ablauf ihrer gewöhnlichen Geltungsdauer. Dagegen werden nichtbenutzte Fahrkarten mit den Ausgabetagen vom 28. 29. und 30. April von den Stellen, die sie verkauft haben, nur am Tage der Lösung umgetauscht oder zurückgenommen.

■

Die Erläuterung der Bekanntgabe der Tariferhöhungen muß den schärfsten Widerspruch herausfordern. Sie ist offenbar nur zu dem Zweck geschrieben, um eine materielle Verbesserung der Lebenshaltung des Eisenbahnpersonals als unhöflich unpopulär zu machen und die Schuld an der Tariferhöhung allein auf das nimmersatten Arbeiter und Beamten zu schieben. Oder sollte man bei der Erwähnung der „gestiegenen Personalausgaben" an die Korruptionszulagen gedacht haben, die man den höheren und höchsten Beamten der Reichsbahn machte?

7. Bezirk. Heute, Dienstag, den 28. April, abends 8 Uhr, findet bei Leuchte, Wörmlitzer Straße, eine Distriktsversammlung statt. Da eine wichtige Angelegenheit zu erledigen ist, müssen alle Mitglieder erscheinen.

*** Verwaltungssonderzug nach dem Harz. Die Reichsbahndirektion Halle beabsichtigt auch in diesem Jahre Verwaltungssonderzüge verkehren zu lassen, die besonders den Besuch von solchen Orten erleichtern sollen, die mit den gewöhnlichen fahrplanmäßigen Zügen nur schwer oder in zu langer Fahrtzeit zu erreichen sind. Als erster soll am 3. Mai ein Sonderzug 4. Klasse nach Wippra verkehren, und zwar werden auf der Strecke Halle—Blankenheim die Sonntagszüge 594/593 benutzt, während auf der Strecke Blankenheim—Wippra die Beförderung mit Sonderzug erfolgt, auf den die Wagen in Blankheim übergehen. Der Fahrplan gestaltet sich wie folgt: Hinfahrt: Halle ab 6.10 vorm., Oberröblingen 6.37, Eisleben 6.52, Wippra an 8.10. Rückfahrt: Wippra ab 7.56, Halle an 10.28. Der Harzklubzweigverein Halle stellt Führer für sechs Wanderungen, die von Biesenrode und Wippra aus in die schönsten Teile der Umgebung führen. Sonntagsfahrkarten 4. Klasse zum Preise von 3.20 Mark sind bei der Fahrkartenausgabe vom Donnerstag, den 30. April, bis Sonnabend, den 2. Mai, 6 Uhr abends, zu lösen. In Eisleben werden Sonntagsfahrkarten zu 1,70 Mark ausgegeben.**

*** 6000 Mk. als Verdienstgrenze für die Angestelltenversicherung. Durch Verordnung vom 23. April hat der Reichsarbeitsminister die Jahresarbeitsverdienstgrenze in der Angestelltenversicherung auf 6000 Mk. jährlich festgesetzt. Die Verordnung tritt mit dem 1. Mai in Kraft.**

*** Kocht die Kindermilch ab! Das Stadtgesundheitsamt macht darauf aufmerksam, daß jetzt besonders Kindern keine rohe Milch verabfolgt werden darf, da sie Tuberkelbazillen aber auch einmal andere Keime, z. B. Typhusbazillen, enthalten kann. Es genügt kurzes Aufkochen der Milch, bei dem sie etwa 5 Minuten ins Wallen geraten ist.**

Aus dem Gerichtssaal.

Das nötige Vertrauen in Einrichtungen, wie sie die vor etwa 15 Jahren angeregten Schulsparkassen darstellen, hat der Bansleberer Lehrer Oskar Richard Hornig arg erschüttert. Nicht allein, daß seine Ein- und Uebertragungen oft Genauigkeit arg vermissen ließen, hat H. auch mit den anvertrauten Geldern Privatausgaben bestritten. Im entscheidenden Moment fehlte ihm dann das Geld, die Entnahmen auszugleichen. Das alles führte zur Anzeige seitens seines damaligen Kollegen, jetzigen Verfürungsinspektors, Walther, der Rendant der Schulsparkasse war, aber auch nicht bei der Weitergabe an die öffentliche Kasse, wo die Gelder einstragend angelegt werden mußten, große Eile zeigte. H. versuchte sich damit von dem Vorwurf des Veruntreuens von amtlichen Geldern zu reinigen, daß er behauptete, W. habe ihm einen abgelieferten Betrag von etwa anderthalb tausend Mark noch ein zweites Mal abgepreßt. Mit Rücksicht auf seine Krankheit und die frühere Ueberlastung im Beruf hat ihn das Gericht zu 3 Monaten Gefängnis bei vierjähriger Bewährungsfrist verurteilt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250428-10/fragment/page=0006

Aus der Provinz.

Vierteljahrsabrechnungen einsenden.

Trotz wiederholter Mahnung sind bisher noch nicht alle Abrechnungen für Januar-Februar-März eingegangen. Wir ersuchen die säumigen Ortsvereine daher nochmals dringend, die Abrechnung nunmehr umgehend einzusenden. Ortsvereine, die bis Ende der Woche nicht nachkommen, werden wir in der Zeitung bekannt geben.

Bezirksleitung der SPD. Halle.

Kreistag des Kreises Liebenwerda.

Der Kreis als Opfer eines Riesenwechselschwindels.
Eine halbe Million Mark gefährdet.

(Wegen Stoffandranges während der Wahl zurückgestellt.)

Am 15. April fand hier im Kreissitzungssaal ein ordentlicher Kreistag statt, zu dem alle Mitglieder erschienen waren und der außerordentlich viele Zuhörer angezogen hatte, die mit großer Spannung dem „Bericht über den Stand der Schradensiedelung" entgegensahen, der sich mit einer unglückseligen Wechselaffäre befassen sollte, über die im Kreise die unsinnigsten Gerüchte umliefen. Der Stahlhelm war durch eine große Anzahl prominenter Mitglieder im Zuhörerraum vertreten, die sich der törichten Hoffnung hingaben, aus der Wechselaffäre billiges Agitationsmaterial gegen den Genossen Landrat Vogl zu schlagen. Die Leute sind nicht auf ihre Rechnung gekommen. Die Aussprache hat einwandfrei ergeben, daß hier ein großzügiges Betrugsmanöver von ganz besonders raffinierter Art durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Louisenstädter Genossenschaftsbank Dr. Borchardt in Berlin vorliegt, für das der Landrat nicht verantwortlich gemacht werden kann. Außer dem Kreise Liebenwerda sind noch eine große Anzahl anderer Gemeinden und Kreise mit hohen Summen in Gefahr gebracht worden. An der Tagung des Kreistages nahmen auf ausdrücklichen Wunsch des Landrates als Vertreter des Oberpräsidenten Oberregierungsrat Jansen und als Vertreter des Regierungspräsidenten Regierungsrat Dr. Masur teil.

Bei Beginn der Tagung ließen die Kommunisten erklären, daß nach ihrer Auffassung der Kreistag kein Recht mehr habe, den Etat zu verabschieden, weil seine Wahlperiode abgelaufen sei. Landrat Vogl widerlegte diese Ansicht unter Hinweis auf die Verordnung des Preußischen Staatsministeriums vom 30. Juli 1924, die die Sitzungsperiode der Kreistage verlängert habe. Die Tagesordnung fand hierauf folgende Erledigung: Für den Schiedsmannbezirk Bönitz wurde für den verstorbenen Schiedsmann Zimmermann der Landwirt Otto Beyer (Bönitz) gewählt. Vom Kreisausschuß war eine Steuerordnung über die Erhebung einer Kreissteuer vom Grundstückszubehör bei dem Verkauf von Grundstücken und Warenlagern sowie von kaufmännischen Betrieben eingebracht worden, die verhindern sollte, daß — wie die Erfahrung gelehrt hat — bei Abschluß von Kaufverträgen der gemeine Wert des zum Grundstück gehörenden Inventars sehr hoch und der Wert des eigentlichen Grundstückes sehr gering angegeben wird, um auf diese Weise die Grunderwerbsteuer zu hinterziehen. Durch Besteuerung des mitverkauften Inventars sollte diesem Verfahren ein Riegel vorgeschoben werden. Von der Bürgerlichen Vereinigung wurde darauf hingewiesen, daß für die Einführung der Steuer jetzt nach Beendigung der Inflation kein Grund mehr vorliege und daß sie zudem ausschließlich den Mittelstand treffe, der heute Notverkäufe vornehmen müßte. Unsere Partei befürwortete die Steuer, schlug aber vor, die Steuer nicht zu erheben, wenn der Veräußerungspreis nicht mehr als 1000 Mk. betrage. Schließlich wurden alle Zusatzanträge und die gesamte Vorlage des Kreisausschusses abgelehnt.

Die schwierige Finanzlage des Kreises hatte den Kreisausschuß veranlaßt, dem Kreistag eine Verdoppelung der Hundesteuer vorzuschlagen. Die jetzt geltende Steuer beträgt für einen Hund 5 Mk. und bringt im Jahre 27 000 Mk. Die Linke sprach sich gegen die Erhöhung aus. Die Vorlage wurde gegen 8 Stimmen angenommen. Die Zuschläge zur Grunderwerbsteuer wurden zunächst auf ein Jahr weiter erhoben. Die Wege im Kreise sind durch die zunehmende starke Inanspruchnahme durch die Industrie in einem Zustand, der dringend der Abhilfe bedarf und zur Aufbringung großer Geldmittel zwingt. Auf Grund der preußischen Verordnung vom 25. November 1923 kann jeder Kreistag eine Abgabenordnung erlassen, welche die Betriebe zur Leistung von Beiträgen bis zu einem Drittel der Wegeunterhaltungskosten haltung der Verpflichtungen der Kommunen und zur Deckung heranzieht. Der Kreisausschuß hat eine Vorlage ausgearbeitet, welche sich dem Musterentwurf des Oberpräsidenten anschließt und die Zustimmung des Niederlausitzer Bergbauvereins gefunden hat. Die vorgelegte Verordnung wurde angenommen unter Anwendung der Sätze des Ruhrverbandes. Landrat Vogl teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß die Industrie gegenwärtig für Wegeverbesserung nur etwa 10,000 Mk. zahlt. Die auf Goldmark umgestellten Anteile der Gemeinnützigen Kreissiedelungsgesellschaft machen eine Erhöhung erforderlich, zu der der Kreistag nach reger Diskussion 2400 Mk. bewilligte.

Es folgte der Bericht über den Stand der Schradensiedelung, bei deren Finanzierung der Kreis das Opfer eines Wechselschwindels geworden ist. Bekanntlich hatte der Kreistag am 5. Dezember 1924 den Ankauf des Schradens beschlossen. Zur Finanzgarantie des Unternehmens mußten 500 000 Mk. aufgebracht werden, die auf der Grundlage der doppelten Wechsel bei der Bankfirma Karbinski u. Radowitz aufgenommen wurden. Das Geld sollte von der Bank, die angab, öffentliche Gelder der Seehandlung an Kommunen zu vermitteln, gegen 9 Prozent im Jahr und gegen eine Abschlußprovision von 2½ Prozent gegeben werden. Die Bank forderte aber Wechsel, die über die doppelte Summe lauten, mit der Begründung, daß der doppelte Wechsel als Sicherheit für die Innehaltung der Verpflichtungen der Kommunen und zur Deckung der Unkosten dienen sollte. Um einen Kredit von 500 000 Mk. zu erhalten, war die Ausstellung eines Akzeptes über eine Million erforderlich, das mit 500 000 Mk. bar ausgezahlt wurde. Für die andere Hälfte des Wechsels wurde ein Gegenwechsel gegeben, der bei Fälligkeit des Wechsels als Bargeld von der Bank entgegengenommen wurde. Zur Sicherheit zog der Kreis bei Abschluß des Geschäftes einen Treuhänder, den Notar Dr. Liebert in Berlin, heran, welcher das Geschäft als sicher und einwandfrei bezeichnete. Die Bankfirma Karbinski u. Radowitz hatte das Geld von der Luisenstädter Genossenschaftsbank und diese wieder von der Seehandlung und von der Reichspost. Der Kreis erhielt das Geld auf Grund von zwei Wechseln, welche über 700 000 Mk. und 300 000 Mk. lauteten und die in der Weise zur Auszahlung gelangten: 350 000 Mk. in bar und 350 000 Mk. als Sicherheitsgegenwechsel und 150 000 Mk. in bar und 150 000 Mk. als Gegenwechsel. Die Wechsel trugen die Unterschriften der Kreisausschußmitglieder Günther (Döllingen), Pinkert (Krauschütz) und Dietrich (Falkenberg), sowie die des Landrats Vogl. Kurze Zeit nach Abschluß des Geschäftes geriet die Luisenstädter Genossenschaftsbank in Schwierigkeiten. Landrat Vogl ließ sich sofort in den Gläubigerausschuß wählen und verlangte sofortige Einberufung von Gläubigerversammlungen. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Bank, Dr. Borchardt, umfangreiche Betrügereien, wahrscheinlich mit Hilfe von dunklen Hintermännern, verübt hatte, indem er die in doppelter Höhe ausgestellten Wechsel, die nach den Vereinbarungen nicht in Verkehr gegeben werden durften, zu Geld gemacht oder an andere Kommunen weitergegeben hat. Auf diese Weise sind eine große Reihe kommunaler Körperschaften in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Ruhrverband, welcher ebenfalls bei der Bank um Kredite nachsuchte, hat kein Bargeld, sondern Wechsel erhalten, darunter auch die beiden Wechsel des Kreises Liebenwerda über zusammen 1 Million Mark. Der Treuhänder Dr. Liebert war bei Abschluß des Geschäftes aber zugleich Treuhänder des Ruhrverbandes. Er hatte also Kenntnis, daß die Wechsel des Kreises nur zur Hälfte wirklich ausgezahlt waren. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß dieser Herr vom Ruhrverband 170 000 Mk. unterschlagen hat. Der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Borchardt aber war bereits am 28. November nach Wien geflüchtet. Trotzdem haben der „Treuhänder" und das Bankhaus Karbinski u. Radowitz das Geschäft am 24. November und 1. Dezember abgeschlossen, obgleich sie wahrscheinlich von der prekären Lage der Luisenstädter Genossenschaftsbank Kenntnis hatten. Inzwischen ist versucht worden, noch von dem Gelde sicher zu stellen, was möglich war. Aus diesem Grunde ist die unerfreuliche Angelegenheit von allen Beteiligten nach vertraulich behandelt worden. Inzwischen ist aber der Wechsel über 700 000 Mk. zu Protest gegangen. Daraufhin hat Landrat Vogl am 10. März der Regierung über den Vorfall Bericht erstattet und zugleich den Mitgliedern des Kreisausschusses davon Kenntnis gegeben. Zunächst muß jetzt die weitere Untersuchung der Verhältnisse der zahlungsunfähigen Bank und die Wechselklage mit dem Ruhrverband abgewartet werden. Von einem feststehenden Verlust der 500 000 Mk. kann darum noch nicht gesprochen werden. Die Aussprache vollzog sich mit bemerkenswerter Ruhe und Sachlichkeit. Die Bürgerliche Vereinigung erhob schwere Vorwürfe gegen den Sparkassendirektor, der nicht die nötige Vorsicht bei dem Abschluß des Geschäfts hätte walten lassen und verlangte seine sofortige Entlassung. Gegen den Vorsitzenden des Kreisausschusses wurde zum Ausdruck gebracht, daß er sich in ein Wechselgeschäft eingelassen habe, das der Würde des Kreises nicht entspricht. Das Ergebnis der Aussprache war die Einsetzung einer Kommission, die sich aus Vertretern aller Parteien zusammensetzt und sich ständig über den Stand der Angelegenheit informiert.

Der Etat wurde auf Antrag des Abg. Stieler (Bürg.) ohne Aussprache einstimmig angeommen. Die Kommunisten erklärten, als der Etat auch mit ihren Stimmen angenommen war, daß sie eigentlich gegen den Etat stimmen wollten, weil sie nach wie vor den Kreistag für die Verabschiedung nicht für berechtigt halten. Der folgende Punkt: Uebernahme der Gemeindechausseestrecken und Aufnahme eines Darlehns bis zu 250 000 Mark wurde reichlich diskutiert, wobei wieder die unerfreulichen Wegeverhältnisse im Ländchen zur Sprache kamen. Zur Besichtigung der Straßen im Kreise wurde eine Kommission gewählt, im übrigen aber eine Mehrbelastung des Kreises bis zur Behebung der Finanznot nicht befürwortet. Der Antrag zur Aufnahme einer Anleihe von 250 000 Mark zum Ausbau der Straßen wurde ebenfalls abgelehnt. Die Vorlage über Neuregelung der Amtsbezeichnung der Beamten wurde nach kurzer Aussprache vom Landrat zurückgezogen.

*

Zu der Kreditaffäre ist mitzuteilen, daß die Angelegenheit gegenwärtig vom Polizeipräsidium in Berlin durch den Kriminalkommissar Dr. Nordhausen bearbeitet wird. Der Hauptschuldige ist der flüchtige Dr. Borchardt, Aufsichtsratsvorsitzender der Luisenstädtischen Genossenschaftsbank, der zurzeit in Wien weilt. Der Treuhändler, Justizrat Dr. Liebert, scheint gutgläubig gehandelt zu haben. Ueber die Rolle, die die Bankfirma Kapinski u. Radowitz in Berlin, die auch gutgläubig gehandelt zu haben erklärt, gespielt hat, schweben noch die Feststellungen.

Das Schielen nach rechts.

Bekanntlich begeht die Reichsbannerorganisation in Torgau am 2. und 3. Mai ihre Bannerweihe und damit zugleich den ersten Republikanischen Tag im Kreise. Daß es deshalb angebracht erschien, die Behörden (Magistrat) dafür zu interessieren, ist so selbstverständlich wie irgend etwas. Was aber macht der Torgauer Magistrat? Er lehnt es ab, an diesen Tagen die Torgauer Farben und die der deutschen Republik zu hissen. Er lehnt es weiterhin ab, an der Bannerweihe offiziell teilzunehmen. Ob das im gegenteiligen Fall auch so wäre oder wird? Bemerkenswert allerdings ist, daß der Magistrat vorher den Antrag des Stahlhelms, zum Deutschen Tag am 10. Mai das Rathaus mit Grün zu schmücken, genehmigt hat. Was ist das für eine Logik? Lediglich dem nunmehrigen Vorgehen unserer Genossen beim Magistrat ist es zu danken, daß der Magistrat sich unverzüglich bereit fand, auch diese erteilte Genehmigung zurückzuziehen. Wir haben nur abzuwarten, ob diese Zurücknahme auch zur Tat wird. Durch solches Vorgehen haben der Magistrat bzw. die in Frage kommenden Persönlichkeiten allerdings bewiesen, daß sie entweder nur gezwungenermaßen zur Republik stehen, oder aber, daß sie sich fürchten, in gesellschaftliche Konflikte zu geraten. Wir werden das für später noch mit aufheben und uns dessen gern erinnern. Reichsbannerortsgruppen, erscheint am 2. und 3. Mai in Massen!

Der beleidigte Reichsaußenminister.

Das Weißenfelser Schöffengericht hat am Sonnabend unseren Genossen Lenzner, Redakteur des „Volksboten" in Zeitz wegen formaler Beleidigung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt. Die Beleidigung wird in einem am 16. Oktober 1924 vom „Volksboten" veröffentlichten Artikel gefunden, in dem Herrn Stresemann der Vorwurf der „Schaukelpolitik", beeinflußt durch die Unterordnung unter die Wünsche der Deutschnationalen Volkspartei, gemacht wurde. Der Angeklagte bot den Wahrheitsbeweis an und beantragte Ladung einer Reihe bekannter politischer Persönlichkeiten, u. a. die früheren Reichskanzler Dr. Wirth und Dr. Marx, die den schwankenden Charakter Stresemanns bekunden sollten. Diese Anträge wurden aber vom Gericht abgelehnt.

Bezeichnend an dem harten Urteil ist immerhin, daß es nur wegen formaler Beleidigung erfolgte. Sachlich scheint demnach auch das Gericht mit dem Angeklagten übereinzustimmen, daß Stresemanns Außenpolitik recht schwankend ist.

Weitere Ergebnisse aus der Provinz.

Mansfelder Gebirgskreis.

Mansfelder Gebirgskreis. H. 17 127 (+ 2929), M. 9070 (— 177), Th. 5621 (— 96).

Hettstedt. H. 2326, M. 1197, Th. 990.
Ermsleben. H. 908, M. 289, Th. 331.
Leimbach. H. 676, M. 320, Th. 501.
Mansfeld. H. 721, M. 155, Th. 233.
Ahlsdorf. H. 364, M. 646, Th. 100.
Annarode. H. 187, M. 128, Th. 34.
Arnstedt. H. 207, M. 138, Th. 64.
Braunschwende. H. 216, M. 174, Th. 5.
Burgörner. H. 909, M. 413, Th. 506.
Creisfeld. H. 513, M. 181, Th. 318.
Dankerode. H. 198, M. 193, Th. 2.
Großleinungen. H. 149, M. 124, Th. 13.
Großörner. H. 940, M. 500, Th. 735.
Hergisdorf. H. 504, M. 233, Th. 188.
Klostermansfeld. H. 1397, M. 589, Th. 351.
Königerode. H. 232, M. 242, Th. 1.
Quenstedt. H. 279, M. 325, Th. 15.
Siebigerode. H. 197, M. 227, Th. 35.
Siersleben. H. 618, M. 308, Th. 205.
Stangerode. H. 148, M. 117, Th. 4.
Sylda. H. 119, M. 195, Th. 12.
Walbeck. H. 164, M. 153, Th. 42.
Welbsleben. H. 240, M. 253, Th. 7.
Wippra mit Popperode und Hayda. H. 397, M. 290, Th. 18.
Ziegelrode. H. 195, M. 196, Th. 186.

Kreis Liebenwerda.

Uebigau. H. 716, M. 201, Th. 50.
Wahrenbrück. H. 199, M. 139, Th. 19.
Döllingen. H. 139, M. 129, Th. 49.
Neuburxdorf. H. 178, M. 101, Th. 3.
Prösen. H. 156, M. 73, Th. 390.
Wildgrube. H. 86, M. 91, Th. 32.

Bitterfeld. Eine neue Zugverbindung mit Halle wird ab 5. Juni geschaffen. Von diesem Tage an wird ein Personenzug nachmittags um 3.08 Uhr von Bitterfeld abfahren und um 3.56 Uhr in Halle eintreffen. Viele werden diese Neuerung begrüßen. Auch sonst bringt der Fahrplan annehmbare Sommerveränderungen.

Brehna. Unglücksfall. Der Geschirrführer Jäntsch des Gutsbesitzers Schröter in Kitzendorf verunglückte dadurch, daß die Pferde mit der Drillmaschine durchgingen. Er trug so schwere Verletzungen davon, daß er nach dem Krankenhause gebracht werden mußte.

Delitzsch. Maifeier. Das Gewerkschaftskartell hat durch einstimmigen Beschluß die einzelnen Gewerkschaften verpflichtet für die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai Sorge zu tragen. Es ist nun Pflicht aller Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben, im Sinne dieses Beschlusses zu wirken, damit die Arbeitsruhe restlos durchgeführt wird. Das Gewerkschaftskartell veranstaltet am 1. Mai einen Ausflug mit Musik nach Forsthaus Spröda. Abmarsch früh 9 Uhr vom „Lindenhof". Im Forsthausgarten findet eine Versammlung statt. Der Redner wird vom Bezirkssekretariat gestellt. Anschließend findet Gartenkonzert statt. Bei schlechtem Wetter ist die Versammlung im „Lindenhof". Es wird vollzähliges Erscheinen aller Gewerkschaftler erwartet.

Bockwitz. Maifeier. Die Sozialdemokratische Partei des Bockwitzer Ländchens hat beschlossen den 1. Mai festlich zu begehen und zwar in Form von Konzert, Rezitationen und Festvortrag. Alle Genossen des Ländchens werden aufgefordert, zu dieser Veranstaltung, die abends 8¼ Uhr im Lokal Waldau stattfindet, zu erscheinen.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 28. April 1925.

Uebler Duft.

Das „unparteiische" „Merseburger Tageblatt", das „unparteiisch" für die deutschnationale Sache Propaganda macht, ist vor Freude über Hindenburgs Sieg närrisch geworden. „Siegestaumel wäre ein Verbrechen", schreibt das Blatt, begeht dieses „Verbrechen" jedoch im gleichen Atemzuge, indem es den Artikel einleitet mit dem Hymnus: „Nun laßt die Glocken von Turm zu Turm durchs Land frohlocken im Jubelsturm!" Die geweihten Kirchenglocken haben nicht ausgeklungen, als auch schon der Jauchekübel des „Tageblatts" zu sprudeln anfängt. Das „rotschwarze Konkubinat hat mit Lungenkraft und Druckerschwärze ins Land hinausgebrüllt". Aber „der üble Duft, der mit seiner roten Kebsin gezeugten Blüten hat katholische Wähler abgeschreckt". Wer mag diese „Blüte" in der Hälterstraße wohl gezeugt haben?! Vielleicht hat ihn eine der „demokratischen Gasbomben" getroffen, die sich „durch all den stinkenden Dunst und Glast und Nebel" auch auf ihn gelagert hat. Der „Roland Hindenburg" aber, der „uns zur Wahrheit und zum Lichte führen" soll, möge den „Tageblatt"-Redakteur zunächst in ein Sanatorium führen, wo er sich von dem „Brast der Lüge" mit dem er die Wähler kraft seiner poetischen Feder bearbeitet hat, reinigen kann. „Das walte Gott!"

* **Eine vorgeschichtliche Grabstätte** wurde bei der Erweiterung des 99er Sportplatzes freigelegt. Leider ist das eine Grab bei der Arbeit vernichtet worden, ehe man erkannt hatte, um was es sich handelte.

* **Weil der liebe Gott deutschnational ist,** durfte auch sein Stellvertreter in Merseburg, Herr Pastor Riem von der Maximi-Gemeinde, nicht abseits stehen, wenn es galt, dem alten Hindenburg in den Sattel zu verhelfen. An Wahltagen hat Herr Riem allemal dispens von seinem schweren Gottesdienste, um den Schleppdienst der Deutschnationalen zu leiten, und zwar in der ihm eigenen auffallenden Weise. Am Sonntag ganz besonders, da ihm doch der Retter Deutschlands aus der schönen Zeit des deutschnationalen Pastors als Divisionspfarrer bekannt ist. Daß diese anstrengende Betätigung im Divisionshauptquartier von Herrn Riem wieder herbeigewünscht wird, versteht sich am Rande. Nach Schluß der Wahlhandlung spektakelte er noch um 12 Uhr nachts vor dem „Korrespondent"-Gebäude in der Ritterstraße über den glänzenden Sieg. — Dabei ist sein Reich nicht einmal von dieser Welt. Vielleicht kann er hauptamtlich bald Herrn Voigtländer, dem „Arbeiter"sekretär der Deutschnationalen, Gesellschaft leisten!

Roßbach. Gemeindevertretersitzung. Am Sonnabend vor dem Wahltage fand eine Gemeindevertretersitzung statt. Zur Linderung der Wohnungsnot sollen Gebäude des Gemeindegrundstücks Nr. 82 ausgebaut werden. Der Bauernteich wird zum Zwecke der Feuerlöschhilfe wieder mit Wasser versehen; vorher will man eine Betonmauer errichten. Die Möglichkeit der Anlage einer Badeanstalt soll geprüft werden. Der Invalide Schönfeld, für welchen die Grube Hoffnung keine Arbeit mehr hat, der aber durch sie vor langen Jahren hergezogen worden war, soll in ein Altersheim untergebracht werden. — Schöne Manier der Grube! — Erwerbslose sind immer noch zu verzeichnen. — Absichtlich werden sie von einer Grube zur anderen an der Nase herumgeführt. Es wird vermutet, daß die Gruben sogenannte schwarze Listen führen. Hiernach kann die Gemeinde weiter als melkende Kuh herhalten. Die nationale Politik der Grube Hoffnung wird in dieser Frage besonders deutlich gezeigt. Ob Familien elend zugrundegehen kümmert diese Krieger-Gotische-Gewaltigen nicht.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Mittwoch, den 29. April.

10 Uhr vorm.: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise. 10.15 Uhr vorm.: Was die Zeitung bringt. 12 Uhr mittags: Mittagsmusik. 12.55 Uhr nachm.: Nauener Zeitzeichen. 1 Uhr nachm.: Börsen- und Pressebericht. 4 Uhr nachm., 6 Uhr und 6,15 Uhr abends: Wirtschaftsnachrichten. 4.30 bis 6 Uhr nachm.: Märchennachmittag für Kinder. Ruth Thorrin (Halle a. S.) liest Märchen und die Rundfunkhauskapelle spielt entsprechende Weisen. 6.45 bis 7 Uhr abends: Funkbastelstunde. 7 bis 7.30 Uhr abends: Vortrag: Berufsschuloberlehrer Reichel: „Von der Fortbildungsschule zur Berufsschule". 7.30 bis 8 Uhr abends: Vortrag: Geh.-Rat Prof. Dr. Brandenburg von der Universität Leipzig: 1. Vortrag im Zyklus „Deutschlands auswärtige Politik in den Jahrzehnten vor dem Weltkriege". 8.15 Uhr abends: „Das Paradies und die Peri", Dichtung aus Lalla Rookh von Th. Moore, für Solostimmen, Chor und Orchester, von Robert Schumann (Opus 50). Dirigent: Alfred Szendrei. Solisten: Ilse Helling-Rosenthal (Sopran), Hildegard Lanquère (Mezzosopran), Meta Jung-Steinbrück (Alt), Robert Bröll (Tenor), Dresden, Dr. Wolfgang Rosenthal (Baß). Chor: Leipziger Oratorienvereinigung. Orchester: Leipziger Symphonie-Orchester. Anschließend (etwa 10.30 Uhr): Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst.

Briefkasten der Redaktion.

A. in W. Sie können zweierlei tun. Erstens können Sie den Betreffenden wegen Unterschlagung bei der zuständigen Staatsanwaltschaft anzeigen. Das verursacht Ihnen keine Kosten. Zweitens steht es Ihnen frei, von dem Betreffenden den Ersatz des Schadens, der Ihnen durch das Abhandenkommen der Schafe entstanden ist, verlangen. Ersetzt er den Schaden, den Sie zu beziffern haben, nicht freiwillig, dann erheben Sie Klage beim zuständigen Amtsgericht. Die Kosten trägt der unterliegende Teil. Sind Sie mittellos, können Sie das Armenrecht beim Gericht beantragen; zu diesem Zweck lassen Sie sich von der Gemeindebehörde die Mittellosigkeit bescheinigen.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: G. Kasparek; für Provinz und Sport: Alfr. Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250428-10/fragment/page=0007

Das Blatt der Frau

Frühlingsgefühle und der Philosoph.

Professor A. R. Gilliland von der amerikanischen Universität Illinois hat vor kurzem einen Vortrag gehalten, in dem er die poetischen Vorstellungen, die sich für gewöhnlich an den Begriff des Frühlings knüpfen, auf eine sehr prosaische Ursache zurückführte. Die romantische Schwärmerei, die im Frühling in die Herzen der meisten Menschen einzieht und sie empfänglich für allerhand Dummheiten macht, so daß sie sich in unvernünftige Liebesabenteuer verwickeln, närrische Gedichte schreiben und ihre Geschäfte vernachlässigen, all das, was also recht eigentlich den Zauber des Frühlings ausmacht, beruht, wie der Herr Professor uns weismachen will, einzig und allein auf der Tatsache, daß zu Beginn des Frühlings die Atmosphäre mit überschüssiger Feuchtigkeit geladen ist. Unser Organismus, genauer gesagt, unser Geist, verträgt das nämlich nicht ohne weiteres und verfällt in eine Art Fieberzustand, der so lange dauert, bis wir uns an den Wechsel des Klimas gewöhnt haben. Dann gehen wir wieder unseren Geschäften nach wie vorher, sind ernst-würdige Staatsbürger und lassen uns auf frühlingshafte Gefühle und ähnliche Verrücktheiten nicht ein. Der Philosoph von Illinois muß es ja wissen.

Der Schal als Kunstwerk.

Von Zeit zu Zeit hebt immer wieder die Mode den einfarbigen oder buntfarbigen Schal auf den Schild, und so erfreut er sich auch gegenwärtig wieder einmal allgemeiner Beliebtheit. Aber wie gewöhnlich, so wird der Schalmode auch diesmal kaum ein längeres Leben in der Gunst der Damen beschieden sein. So oft sie nämlich auch schon früher aufgetaucht ist, ist sie regelmäßig stets bald wieder von der Bildfläche verschwunden. Nur in Italien, namentlich in Venedig, und mehr noch in Spanien, ist nie eine Unterbrechung der Schalmode eingetreten. Der Schal hat hier von alters her bis heute seine Herrschaft behauptet und sich zum Gegenstand einer besonderen Kunstübung entwickelt. Je reicher eine Spanierin ist, desto größer ist die Anzahl der in ihrem Besitz befindlichen Umschlagtücher, ja in manchen Provinzen Spaniens sind sie sogar die einzige Mitgift, die die Braut dem Gatten ins Haus bringt. Neben den Schals, die für den Alltag bestimmt sind, kennt man schönere und wertvollere, die an Sonn- und Festtagen getragen werden, sowie kostbare Prachtstücke, die für ganz große Anlässe aufbewahrt werden. Sie vererben sich von der Mutter auf die Tochter und werden mit Eifersucht gehütet und gepflegt. Die Schönheit der spanischen Schals, bei denen Gelb und Blau die vorherrschenden Farben sind, ist trotz den Fortschritten der modernen Technik in europäischen Färbereien niemals erreicht worden. Einer dieser Wunderschals gelangte vor etwa hundert Jahren nach Amerika und ist vor einiger Zeit in Neuyork für 850 Dollar verkauft worden. Er zeigt auf einem schwarzen Untergrund, der nicht glänzend, sondern stumpf ist, kunstvolle Bilder von Blumen und Paradiesvögeln, die in den Farben so wunderbar abgestimmt sind, daß man einem Gemälde von echter Künstlerhand gegenüberzustehen vermeint.

Ein pathologischer Fall von Tanzwut.

In einem Londoner Hotel verübte dieser Tage eine gewisse Frau Woodman unter tragischen Umständen Selbstmord. Frau Woodman, die im Alter von 45 Jahren stand, war seit längerer Zeit von einer krankhaften Tanzwut besessen. Aus diesem Grunde trennte sich ihr Gatte, ein wohlhabender Kaufmann, von ihr, stellte ihr aber sehr reichliche Mittel für ihren Lebensunterhalt zur Verfügung. Frau Woodman war daher in der Lage, nach erfolgter Scheidung ihr Leben in gewohnter Weise fortzusetzen. Nacht für Nacht verbrachte sie in den mondänen Tanzlokalen der Stadt, wo sie, als wäre der leibhaftige Tanzteufel in sie gefahren, jeden Tanz mitmachte. Aerzte, die sie beobachtet haben, erklärten, die ganze Art ihres Auftretens und Benehmens hätte sie in geradezu grauenhafter Weise an die Schilderungen erinnert, die man in gewissen mittelalterlichen Chroniken findet, die sich mit der damals vielfach grassierenden Tarzmanie beschäftigen. Erst im Morgengrauen pflegte Frau Woodman in völlig erschöpftem Zustand in ihr Heim zurückzukehren. Aber mit der Zeit fand sie immer weniger Befriedigung hierbei. Trotzdem war sie nicht imstande, sich von ihrer Besessenheit zu befreien. In diesem Zustand versuchte sie, sich wieder ihrem Mann zu nähern, doch dieser lehnte die Wiederaufnahme der ehelichen Gemeinschaft ab. Man könne ihm nicht zumuten, erklärte er, an der Seite einer offenbar geistesgestörten Frau zu leben. Nach einer in der üblichen Weise durchtanzten Nacht nahm Frau Woodman daraufhin eine große Dosis Gift und setzte so ihrem Leben ein Ende.

Soll „er" der Herr sein?

Ein paar unmoderne Wahrheiten.

G. B. Burgin, einer der feinsinnigsten Novellisten englischer Zunge, veröffentlicht soeben seine Lebenserinnerungen, in deren Rahmen er sich u. a. in sehr fesselnder Weise mit der Frauenfrage auseinandersetzt. Er tut es mit großer Offenheit und einem Mut, der um so verdienstlicher ist, als er sich keineswegs verhehlt, daß seine Anschauungen alles eher als modern und daher von vornherein dazu verurteilt sind, auf Widerspruch und Ablehnung zu stoßen. So führt er z. B. aus, daß kein Mann Anspruch darauf erheben könne, für voll zu gelten, wenn er es nicht versteht, sich der Frau führend und wegweisend überzuordnen. „Er soll dein Herr sein!" sagte die Bibel zu der Frau. G. B. Burgin geht noch weiter und sagt: „Er soll dein Gott sein!" Die Frau, meint er, befindet sich am wohlsten, wenn sie einen zwar nicht harten, aber festen Willen über sich spürt, und wenn der Gefährte ihres Lebens so beschaffen ist, daß sie gern und überzeugt zu ihm emporblicken kann. Andererseits wird der Mann, der solcher Art von einer wertvollen Frau ausgezeichnet wird, nach bestem Willen und Vermögen zur Vollendung streben, um sich der Rolle, die ihm zugefallen ist, würdig zu erweisen. Auf diese Weise wird er die edelsten Seiten des männlichen Charakters erst richtig zur Entfaltung bringen. Insbesondere wird er die schwierige Kunst lernen, stark ohne Brutalität und ein wirklicher Führer und nicht etwa ein Haustyrann zu sein. Die Frau, die sich einem solchen, im guten Sinn des Wortes männlichen Mann unterordnet, vergibt sich nicht das mindeste damit, im Gegenteil, sie ehrt nur die Eigenschaften, denen sie es zu verdanken hat, daß sie sich an der Seite des Mannes von der Elendsstufe einer indianischen Squaw zu der Freiheit und Zivilisationshöhe erheben durfte, deren Segnungen sie heute genießt.

Es gibt Frauen, die täglich und stündlich beweisen, daß sie noch nicht reif genug sind, um auf einer so hohen Stufe zu stehen. Sie glauben, daß das Selbstbestimmungsrecht, das der Mann der modernen Frau eingeräumt hat und das kein wirklicher Mann zu schmälern wünscht, Einbuße erleiden müßte, falls sie sich auf irgendeine Art von Unterordnung unter den Mann einlassen würden. Tatsächlich ist eine solche Unterordnung aber sehr wohl möglich, ohne daß dabei die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Frau auch nur im geringsten in Frage gestellt würde. Es gibt eben eine Art von Unterordnung, die alles eher ist als Rechtlosigkeit und Sklaverei, und nur diese auf dem Boden der Freiheit und Gleichberechtigung ruhende Unterordnung ist es, die fruchtbar und segensreich ist. Die Frau von einst war eine Sklavin, ob sie wollte oder nicht, und sie mußte es bleiben, so leidenschaftlich sie sich auch vielleicht dagegen auflehnen mochte. Niemand, der seine fünf Sinne beisammen hat, neutet es der Frau von heute zu, sich gegen ihren Willen zu binden oder eine einmal eingegangene Bindung aufrechtzuerhalten, wenn ihre Voraussetzungen, vor allem der freudige Entschluß, sie einzugehen, sowie die glückbetonte Bejahung dieses Zustandes sich geändert haben oder gar in Fortfall geraten sind. Jeder einsichtige und erfahrene Seelen- und Lebenskenner muß aber zugeben, daß die wirkliche Frau zur wirklichen Freiheit — von vereinzelten Ausnahmen abgesehen — wirklich nur gelangen kann, wenn sie die rechte Art von Bindung eingeht.

Die meisten Frauen sind heute leider geneigt zu glauben, daß sich diese Dinge ganz anders verhalten, am bedauerlichsten ist aber der Umstand, daß gerade sie es sind, die im Leben und in der Kunst den Ton angeben. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß das Mannweib oder wenigstens das Knabenweib gegenwärtig fast unwidersprochen das Ideal des Tages ist; und da es leider eine Unmenge von Weibmännern gibt, denen diese Entwicklung sehr willkommen ist, so ist der Widerspruch, der ihr entgegengesetzt wird, im allgemeinen nur sehr schwach und lau. Trotzdem wird es bestimmt nicht mehr lange dauern, bis das weibliche Frauenideal von heute ein überwundener Standpunkt sein wird. Bleiben wird höchstens der Bubikopf, aber nicht etwa als Symbol, sondern nur deshalb, weil er kleidsam und zweckmäßig ist. Die Frau von morgen — mit oder ohne Bubikopf — wird wieder eine wirkliche Frau sein. Sie wird zu den politischen Rechten, die sie hat, vielleicht noch neue hinzugewinnen, aber sie wird sie nur noch zu dem einzig vernünftigen Zweck verwenden, die Möglichkeiten zur Entfaltung zu bringen, die auf Grund der ihr eingeborenen Frauennatur in ihr liegen. Sie wird also nicht mehr ihren Ehrgeiz darin setzen, die Affin des Mannes zu sein, sondern sie wird ihren eigenen Weg, der zur Vollendung ihres Geschlechts führt, wie der des Mannes zur Vollendung des seinen. Und so gleichartig und gleichrangig sie dem Mann auch im Berufs- und Erwerbsleben gegenüberstehen wird, so ungleich wird das Verhältnis wieder werden, soweit es sich um die Beziehungen der beiden Geschlechter als solche handelt. „Er" wird wieder ihr Herr sein, und sie wird sich viel wohler dabei fühlen als heute, und er natürlich auch.

Warten wir ab!

Der gestohlene Säugling.

Während eine gewisse Frau Austin in einem Geschäft in einem östlichen Vorort von London einen kleinen Einkauf besorgte, wurde ihr, wie die Londoner Blätter berichten, ihr sechs Wochen altes Söhnchen, das sie in seinem Kinderwagen vor dem Laden hatte stehen lassen, von einer bisher unermittelt gebliebenen Frau gestohlen. Der Fall erregt in London außerordentlich großes Aufsehen, da vor kurzem Frau Austin einen siebenjährigen Jungen unter gleichfalls sehr eigenartigen Umständen verloren hat. Der Junge verschwand eines Tages plötzlich von der Straße, auf der er gespielt hatte, und wurde einige Tage darauf in einem weit entfernten Stadtteil, den er sonst nie zu betreten pflegte, das Opfer eines Verkehrsunfalls. Man nimmt an, daß er nicht aus eigenem Antrieb fortgegangen ist und daß ein Zusammenhang zwischen seiner Entführung und dem jetzigen Diebstahl seines Brüderchens besteht.

Konventionalstrafe im Fall der Heirat.

Die berühmte amerikanische Tänzerin Leonora Hughes wurde dieser Tage in der San-Patrick-Kathedrale in Newyork mit dem argentinischen Millionär Carlos Basualdo getraut, dessen Vater, wie man behauptet, die Hälfte ganz Argentiniens besitzen soll. Maurice Mouvet, der bisherige Bühnenpartner der Tänzerin, wohnte der Trauung bei. Das Weinen war ihm wohl näher als das Lachen. Indessen konnte er immerhin einigen Trost in dem Gedanken finden, daß er klug und vorsichtig genug gewesen war, in seinem Vertrag mit Leonora Hughes die Klausel aufzunehmen, daß am Tage ihrer Verheiratung eine an ihn zu bezahlende Konventionalstrafe von 100 000 Dollars fällig wird. Die gewesene Tänzerin ist ja jetzt in der glücklichen Lage, dieses Stümmchen zu zahlen. Es fragt sich nur, ob sie auch geneigt sein wird, es zu tun.

Der musikalische Sonnenschirm.

Die Pariser Schirmfabriken bringen jetzt Sonnenschirme heraus, die eine Reihe von originellen Neuerungen aufweisen. So gibt es Sonnenschirme, deren Griff eine Miniaturgitarre darstellt, auf deren silberglänzenden Saiten die Trägerin, wenn sie mit dem Finger über sie hinstreicht, eine Folge von melodischen Tönen erzeugen kann. Bei anderen Modellen ist der Griff keulenförmig ausgebildet und enthält eine mehr oder minder große Anzahl von Toilettegegenständen, wie Puder, Schminke, Lippenstift und Augenbrauen-Tusche.

Der singende Fisch. Eine französische Artistin, die unter dem Künstlernamen „Madame Niobe" auftritt, stellte sich dieser Tage im Rahmen einer Pressevorstellung mit einem höchst eigenartigen Trick vor. Er besteht darin, daß sie, eine ausgezeichnete Taucherin, unter dem Wasserspiegel eines tiefen Bassins umherschwimmend, aus voller Kehle Lieder und Arien schmettert. Diese sicherlich nicht gewöhnliche Tätigkeit strengt sie allem Anschein nach keineswegs an, sondern macht ihr einen Heidenspaß, und da sie erstens sehr hübsch gewachsen ist und zweitens eine ganz passable Stimme hat, so freuen sich auch die anderen, Madame Niobe, die den wohlverdienten Beinamen „der singende Fisch in Menschengestalt" führt, tritt demnächst eine internationale Tournee an, auf der sie auch nach Deutschland kommen wird.

Der Todessprung.

9 Novelle von Reinhold Ortmann.

Noch stärker beunruhigt als durch Ilses seltsame Verschlossenheit fühlte sie sich durch die Wahrnehmungen, die sie in bezug auf ihren Bruder machte. Wenn Ewalds liebenswürdige Frische und seine überquellende Lebensfreude sie bisher zu einer sehr nachsichtigen Richterin seiner leichtsinnigen Streiche gemacht hatten, mußte sie jetzt zu ihrer Betrübnis sehen, daß an die Stelle dieser Frische mehr und mehr eine mit Perioden wilder Angespanntheit wechselnde nervöse Unruhe trat, die ohne Zweifel irgendeine tiefere Ursache hatte. Auch konnte es ihr trotz der Vorsichtsmaßregeln und kleinen Listen des Studenten nicht entgehen, daß er sehr oft erst in später Nachtstunde nach Hause kam, und daß er dann am andern Morgen bleich und angegriffen aussah. Zuletzt entschloß sie sich zu einem schüchternen Versuch, ihm ins Gewissen zu reden; aber er wies sie beinahe schroff zurück.

„Ich bin kein kleiner Junge, der seiner älteren Schwester Rechenschaft über jeden seiner Schritte ablegen müßte," sagte er. „Laß dir's bitte daran genügen, daß ich dir nicht mehr mit Geldforderungen komme. Wenn du durch den Mund des Herrn Dr. Afseld von mir verlangt hast, daß ich mich auf die eigenen Füße stelle, mußt du dich auch mit den Folgerungen abfinden, die ich daraus ziehe."

Sie wagte nicht, weiter in ihn zu dringen, aber am nächsten Tage machte sie sich auf, um den treuen Freund und Berater aufzusuchen, der sich zu ihrem Befremden seit einer Reihe von Tagen bei den Geschwistern nicht mehr hatte blicken lassen. Eine schmerzliche Ueberraschung war es, die ihr in Dr. Afelds Behausung zuteil wurde. Seine alte Haushälterin, die sie mit verweintem Gesicht empfing, sagte bekümmert: „So wissen Sie es noch gar nicht, daß der Herr Doktor krank ist? Seit zwei Tagen befindet er sich in der chirurgischen Klinik. Er hat sich eine Blutvergiftung zugezogen, und als er sich von mir verabschiedete, sagte er, es sei wenig wahrscheinlich, daß er jemals zurückkehren werde."

Näheres wußte sie nicht, und in der chirurgischen Klinik ließen man Frau Runge erst zu dem Kranken, als dieser auf eine Anfrage den Wunsch ausgesprochen hatte, sie zu sehen. Er war sehr bleich, aber er empfing sie mit lächelndem Gesicht. Als sie sich darüber beklagte, daß sie nicht von seiner Erkrankung benachrichtigt worden sei, sagte er: „Weshalb hätte ich Sie ohne Not beunruhigen sollen, liebste Frau Agnes? Jetzt freilich ist mir's sehr lieb, daß Sie gekommen sind. Ich habe soeben wegen der Uebergabe der Vormundschaft an Sie geschrieben. Der Nachfolger, den ich Ihnen vorschlage, ist mir seit Jahren nahe befreundet und ein vortrefflicher Mann, bei dem die Sorge um Ihre und Ihres Kindes Interessen in den besten Händen sein wird."

Die junge Witwe bemühte sich vergebens, ihre Tränen zurückzuhalten.

„Weshalb machen Sie mir das Herz schwer, Dr. Afseld, indem Sie von einem Wechsel in der Vormundschaft reden? Es liegt ja gar keine Notwendigkeit vor, sich mit diesem Gedanken zu befassen."

„Vielleicht doch, liebe Freundin," erwiderte er ruhig. „Wir können nicht wissen, was der morgige Tag bringen wird. Ich freue mich, daß ich Gelegenheit habe, Sie noch einmal zu sehen und Ihnen zu sagen, wie lieb Sie und mein armer frühverstorbener Freund mir allezeit gewesen sind. Außerdem habe ich eine herzliche Bitte: Lassen Sie Fräulein Ilse nicht erfahren, wie es mit mir steht. Was ihr nicht verschwiegen werden kann, erfährt sie ja immer noch früh genug. Dann aber mögen Sie ihr in meinem Auftrage die herzlichsten Abschiedsgrüße übermitteln und ihr ausrichten, daß ich mit den innigsten Wünschen für ihr künftiges Glück geschieden bin."

„Nein, nein, Sie dürfen nicht so reden. Ich ertrage es nicht. Sie sind mein einziger Freund, und Sie dürfen mich nicht verlassen."

„Es ist ja auch noch nicht gewiß, daß ich es tun werde," suchte er sie freundlich zu beruhigen. „Ich spreche nur von einer Möglichkeit, an die immerhin zu denken ist. Sagen Sie Fräulein Ilse auch — —, doch nein, sagen Sie ihr sonst nichts; es ist genug an dem, was ich Ihnen bereits aufgetragen."

Frau Agnes sah, daß er entweder sehr erschöpft war oder große Schmerzen litt, und sie fing einen Blick der im Zimmer gebliebenen Krankenschwester auf, der sie mahnte, ihren Besuch zu beenden. Darum stand sie auf und fragte nur noch schüchtern, ob Afseld nicht vielleicht den Wunsch habe, Ilse zu sehen. Aber er schüttelte den Kopf.

„Nein," erwiderte er leise. „Es würde sie doch wohl traurig machen, und wenn sie jemals an mich zurückdenkt, soll es nicht mit der Erinnerung an einen letzten häßlichen Eindruck geschehen."

Draußen hörte die in tiefster Seele erschütterte Frau von einem der Aerzte näheres über Dr. Afselds Krankheit. Er war nachts zu einem fast schon sterbenden Patienten gerufen worden, für den die Vornahme eines kühnen chirurgischen Eingriffs die letzte Hoffnung auf Erhaltung des Lebens bedeutete. Es handelte sich um Minuten, und Dr. Afseld, der über die Natur des Falles nicht vorher unterrichtet worden war, mußte die Operation nicht nur mit einem ungeeigneten Instrument, sondern auch ohne alle die Vorsichtsmaßregeln ausführen, die er unter anderen Umständen zu seiner eigenen Sicherung ohne Zweifel getroffen hätte. Sie war glücklich gelungen, vierundzwanzig Stunden später aber hatte er an sich selbst die Anzeichen einer Blutvergiftung wahrgenommen, die rasch einen bösartigen Charakter annahm, und die nach der Meinung des Kollegen allerdings eine sehr ernste Gefahr für sein Leben darstellte.

„Wenn Dr. Afseld sterben sollte," sagte er, „so ist er im eigentlichsten Sinne ein Märtyrer seines Berufs. Und wie es nicht viele Kollegen geben mag, die sich in seiner Lage durch Pflichtgefühl und Menschenliebe hätten bestimmen lassen, das Wagnis zu unternehmen, so gibt es wohl auch nicht viele, die seine furchtbaren Schmerzen mit gleichem Heldenmut zu ertragen vermöchten. Wir alle sind hier voll schmerzlicher Bewunderung seiner Tapferkeit und seiner Seelengröße."

Als Frau Agnes nach Hause kam, fand sie ihre Schwester in der Gesellschaft des Dr. Nolten, der wieder in begeisterten Worten von dem Fortschreiten seines Filmdramas sprach. Mit dem ersten Blick erspähte Ilse die Tränenspuren auf ihrem Gesicht, und die junge Witwe war nicht fähig, ihre Fragen mit einer Lüge zu beantworten. Als sie weinend mit ihrem Bericht zu Ende gekommen war, stand Ilse schon totenbleichen Antlitzes in der Tür.

„Ich bitte um Entschuldigung," sagte sie nur, „aber ich muß einen notwendigen Gang unternehmen."

Der Privatdozent sprang auf, um ihr seine Begleitung anzubieten; doch sie lehnte mit einer Bestimmtheit ab, die ihn sichtlich kränkte. Er blieb wohl noch eine Weile, aber er war gegen seine Gewohnheit sehr einsilbig, und als er sich empfahl, geschah es in offenkundiger Verstimmung.

Nach Verlauf von zwei Stunden erst kehrte Ilse zurück. Sie war geisterhaft blaß und ihre Lippen zuckten. Frau Agnes, die ihr in ihr Zimmer folgte, hatte Mühe, sie zum Sprechen zu bewegen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250428-10/fragment/page=0008